

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 30 M. jährlich, 300 M. vierteljährlich, 600 M. halbjährlich, 1.200 M. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. Postabonnements: 1,50 M. pro Monat, 18 M. pro Quartal, 60 M. pro Jahr. Ausland: 2,00 M. pro Monat, 24 M. pro Quartal, 72 M. pro Jahr. Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz: 2,50 M. pro Monat, 30 M. pro Quartal, 90 M. pro Jahr. Einmalige Beiträge: 10 Pf. für den ersten Band, 15 Pf. für den zweiten Band, 20 Pf. für den dritten Band. Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsgesellschaft Vorwärts, Berlin, Unter den Eichen 15.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 20 Pf. für die ersten drei Zeilen, 15 Pf. für die folgenden. Kleine Anzeigen: das erste Wort 10 Pf., das zweite Wort 5 Pf., das dritte Wort 3 Pf., das vierte Wort 2 Pf., das fünfte Wort 1 Pf., das sechste Wort 1 Pf., das siebente Wort 1 Pf., das achte Wort 1 Pf., das neunte Wort 1 Pf., das zehnte Wort 1 Pf., das elfte Wort 1 Pf., das zwölfte Wort 1 Pf., das dreizehnte Wort 1 Pf., das vierzehnte Wort 1 Pf., das fünfzehnte Wort 1 Pf., das sechzehnte Wort 1 Pf., das siebzehnte Wort 1 Pf., das achtzehnte Wort 1 Pf., das neunzehnte Wort 1 Pf., das zwanzigste Wort 1 Pf., das einundzwanzigste Wort 1 Pf., das zweiundzwanzigste Wort 1 Pf., das dreiundzwanzigste Wort 1 Pf., das vierundzwanzigste Wort 1 Pf., das fünfundzwanzigste Wort 1 Pf., das sechsundzwanzigste Wort 1 Pf., das siebenundzwanzigste Wort 1 Pf., das achtundzwanzigste Wort 1 Pf., das neunundzwanzigste Wort 1 Pf., das dreißigste Wort 1 Pf., das einunddreißigste Wort 1 Pf., das zweiunddreißigste Wort 1 Pf., das dreiunddreißigste Wort 1 Pf., das vierunddreißigste Wort 1 Pf., das fünfunddreißigste Wort 1 Pf., das sechsunddreißigste Wort 1 Pf., das siebenunddreißigste Wort 1 Pf., das achtunddreißigste Wort 1 Pf., das neununddreißigste Wort 1 Pf., das vierzigste Wort 1 Pf., das einundvierzigste Wort 1 Pf., das zweiundvierzigste Wort 1 Pf., das dreiundvierzigste Wort 1 Pf., das vierundvierzigste Wort 1 Pf., das fünfundvierzigste Wort 1 Pf., das sechsundvierzigste Wort 1 Pf., das siebenundvierzigste Wort 1 Pf., das achtundvierzigste Wort 1 Pf., das neunundvierzigste Wort 1 Pf., das fünfzigste Wort 1 Pf., das einundfünfzigste Wort 1 Pf., das zweiundfünfzigste Wort 1 Pf., das dreiundfünfzigste Wort 1 Pf., das vierundfünfzigste Wort 1 Pf., das fünfundfünfzigste Wort 1 Pf., das sechsundfünfzigste Wort 1 Pf., das siebenundfünfzigste Wort 1 Pf., das achtundfünfzigste Wort 1 Pf., das neunundfünfzigste Wort 1 Pf., das sechzigste Wort 1 Pf., das einundsechzigste Wort 1 Pf., das zweiundsechzigste Wort 1 Pf., das dreiundsechzigste Wort 1 Pf., das vierundsechzigste Wort 1 Pf., das fünfundsechzigste Wort 1 Pf., das sechsundsechzigste Wort 1 Pf., das siebenundsechzigste Wort 1 Pf., das achtundsechzigste Wort 1 Pf., das neunundsechzigste Wort 1 Pf., das siebenzigste Wort 1 Pf., das einundsiebzigste Wort 1 Pf., das zweiundsiebzigste Wort 1 Pf., das dreiundsiebzigste Wort 1 Pf., das vierundsiebzigste Wort 1 Pf., das fünfundsiebzigste Wort 1 Pf., das sechsundsiebzigste Wort 1 Pf., das siebenundsiebzigste Wort 1 Pf., das achtundsiebzigste Wort 1 Pf., das neunundsiebzigste Wort 1 Pf., das achtzigste Wort 1 Pf., das einundachtzigste Wort 1 Pf., das zweiundachtzigste Wort 1 Pf., das dreiundachtzigste Wort 1 Pf., das vierundachtzigste Wort 1 Pf., das fünfundachtzigste Wort 1 Pf., das sechsundachtzigste Wort 1 Pf., das siebenundachtzigste Wort 1 Pf., das achtundachtzigste Wort 1 Pf., das neunundachtzigste Wort 1 Pf., das neunzigste Wort 1 Pf., das einundneunzigste Wort 1 Pf., das zweiundneunzigste Wort 1 Pf., das dreiundneunzigste Wort 1 Pf., das vierundneunzigste Wort 1 Pf., das fünfundneunzigste Wort 1 Pf., das sechsundneunzigste Wort 1 Pf., das siebenundneunzigste Wort 1 Pf., das achtundneunzigste Wort 1 Pf., das neunundneunzigste Wort 1 Pf., das hundertste Wort 1 Pf., das einhundertste Wort 1 Pf., das zweihundertste Wort 1 Pf., das dreihundertste Wort 1 Pf., das vierhundertste Wort 1 Pf., das fünfhundertste Wort 1 Pf., das sechshundertste Wort 1 Pf., das siebenhundertste Wort 1 Pf., das achthundertste Wort 1 Pf., das neunhundertste Wort 1 Pf., das tausendste Wort 1 Pf.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Sonntag, den 25. Juni 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Offene und verkappte Kanzlerfronde.

Uns wird geschrieben: Der Name des Königsberger Generallandschaftsdirektors Kapp, bisher weiten Kreisen der Bevölkerung völlig unbekannt, scheint nach der Flucht des Kanzlers in die Öffentlichkeit von gewissen Elementen zu einem Banner erhoben zu werden, um das sich nun alle offenen und verkappten Anhänger eines Torpedokampfes gegen den Reichskanzler und seine Politik scharen. Gaben sich konservative Blätter noch vor wenigen Tagen unschuldig den Anschein, als verteidigten sie in der Duellerei des Herrn Kapp das von Bismarck gelobte „hochgespannte Ehrgefühl“, wie es in unserem Offizierkorps gepflegt werde, so erbrachten die letzten Tage den Beweis, daß die Gegner des Kanzlers sich nicht bloß hinter die Person des Herrn Kapp, sondern auch hinter die Politik gestellt haben, die dieser Wortführer der „kleinen, aber mächtigen Partei“, die Preußen regiert, in seiner Denkschrift vertritt. Nicht bloß konservative und freikonserervative, sondern auch nationalliberale und Zentrumsblätter machen rücksichtslos diese Fronde gegen den Kanzler mit, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, ihn entweder ihrem Willen völlig gefügig zu machen oder von seinem Posten zu entfernen. Als markanter Ausdruck dieser Bestrebungen kann folgender Satz aus dem berüchtigten Pamphlet von Junius alter dienen:

„Von allen Kriegszielforderungen, die im Verlaufe des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beseitigung dieses Kanzlers als die allerdringlichste, denn von keinem äußeren Feinde droht uns in den nächsten Jahren eine auch nur annähernd so ernste Gefahr, wie sie eine weitere Kanzlerschaft Herrn von Bethmann Hollwegs bedeutet. Mag er persönlich das Beste wollen — was nützt dem Reiche ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft?“

Zu einem solchen Trommelfeuer gestalten sich freilich die Angriffe des Herrn Kapp gegen den Reichskanzler nicht. Allein auch in seiner Denkschrift wird offen der Gedanke gepredigt: ein Kanzlerwechsel würde auf den Feind keinesfalls den Eindruck der Schwäche machen! Das ist deutlich genug.

Nun sind über die Beweggründe dieses nur zu einem kleinen Teil sichtbaren, weil meist unterirdisch betriebenen, Kampfes gegen Herrn Bethmann verschiedene Anschauungen verbreitet. Die einen suchen sie auf innerpolitischen, die anderen auf dem Gebiet der äußeren Politik. Zu den ersteren gehört beispielsweise der leitende Redakteur eines gelegentlich aus der Reihe tanzenden Zentrumsorgans, des „Düsseldorfer Tageblatts“, Dr. Braunweiler, der nach Einsicht in die Denkschrift des Herrn Kapp nachdrücklich darauf hinweist, daß die eigentliche Ursache der heftigen Befehdung des Kanzlers viel weniger auf dem Gebiete der Kriegsmittel und -ziele, sondern auf innerpolitischem Gebiete zu suchen sei. Darüber sagt er:

„Es ist zurzeit wohl nicht zweckmäßig, den näheren Beweis dafür zu erbringen. Vorläufig genügt die Feststellung, daß es so ist, und diese ist notwendig, um die eigene Stellung in dem so jährlings beleuchteten Streit zwischen dem Kanzler und seinen Gegnern zu gewinnen. Die Konservativen sind immer politische Charaktere gewesen, die aus hartem Holz geschnitten sind, und wo sie hassen, da hassen sie gründlich und kämpfen mit scharfen Waffen. ... Eine Ahnung davon, was nach dem Kriege werden würde, wenn es nach den Wünschen der Konservativen ginge, hat soeben ihre Stellungnahme zu der Vereinseignungsfrage gegeben. Ein leises Schaudern aber muß einen überkommen, wenn man in der Kappischen Denkschrift die Kapitel liest, die der inneren Politik gewidmet sind. Wie die Kreise, die heute den Kanzler bekämpfen, denken, dafür mögen nur folgende Hinweise beachtet werden: Herr Kapp fordert Aufhebung der Höchstpreise, die zu niedrig seien, und der ganzen Organisation der Kriegswirtschaft, weil es sich nur um „unklaren Staatssozialismus aus Angst vor den Massen“ handle, die Not sei künstlich herbeigeführt durch Ausschaltung des Handels, die „Zwangswirtschaft auf dem Bauernhof“ mache den Bauern zum Arbeitsflaven des Verbrauchers in den Städten, die falsche Ernährungspolitik könne Deutschland zu einem überreifen und unzulänglichen Frieden zwingen usw. usw.“

Uns dünkt, daß die von Dr. Braunweiler vorgenommene Unterscheidung zwischen den inner- und außenpolitischen Beweggründen der Gegner des Kanzlers recht gefundiert ist. Denn abgesehen davon, daß in den bisherigen Erklärungen und Maßnahmen Bethmann Hollwegs nichts enthalten ist, was den erbitterten Gegnern einer innerpolitischen „Reuorientierung“ ernste Befürchtungen einflößen könnte, ist der Charakter der jetzigen Kriegspolitik, die sich selbstverständlich meist auf außenpolitischem Gebiet bewegt, auch das für die künftige Friedenspolitik entscheidende Moment. Ist der Krieg, nach dem bekannnten Ausdruck von Clausewitz, eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, d. h. das Ergebnis der vor dem Kriege eingehaltenen Politik auf wirtschaftlichem, militärischem und anderen Gebieten, so ist andererseits die Liquidation des Krieges bestimmend

auch für die innere Machtverteilung nach dem Kriege, d. h. für den Charakter der künftigen inneren Politik. Mit sicherem Instinkt sehen dies die herrschenden Klassen und Parteien aller kriegsführenden Länder. Daher ihr fortgesetztes Aufpeitschen des „Siegeswillens“, daher ihr Sträuben gegen alle und jede Verständigungsversuche, daher ihr Haß gegen die Staatsmänner, die — nicht etwa aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen machtpolitische Bestrebungen, sondern aus besonnerer Einschätzung der Machtverhältnisse und aus einem gewissen Verantwortlichkeitsgefühl heraus — Verständigungsversuchen gegenüber nicht unbedingt abgeneigt scheinen. Daß derartige Erwägungen mindestens zum Teil bei den Gegnern des Kanzlers vorherrschend sind, zeigen die Äußerungen ihrer Presse anlässlich der Affäre Kapp. Ungeheim bezeichnend ist hierfür ein in den freikonserватiven „Berliner Neuesten Nachrichten“ und anderen rechtsstehenden Blättern abgedrucktes Pronunziamento, in dem es heißt:

1. In der Tat hat die Ausgestaltung der politischen Zensur, die selbst in maßvollster Form jede Kritik an der auswärtigen Politik der Gegenwart und Vergangenheit verbot, auch da, wo ohne solch eine Kritik Wandel und Besserung gar nicht erreichbar erschienen, vergiftend gewirkt auf alle selbständig denkenden und für des Vaterlandes Wohl und des deutschen Volkes Zukunft eifrigen Kreise. Sogar die Besprechung und Erwähnung von Büchern, die von Herren aus der Wilhelmstraße einstens geschrieben waren, konnte verboten werden. Die Ueberreichung offener Denkschriften an maßgebende Stellen wurde mit der Zeit unmöglich gemacht. Vertrauliche Denkschriften in politischen Kreisen wurden bis an die Klüre des Privathauses verfolgt. Dies geschah zur Verteidigung einer Politik, über die bis zum Ausbruch des Krieges das ungünstige Urteil selbst im Reichstag fast einmütig war (Neu-Kamerun, Lindquist). Die nationalen Kreise, die großen führenden Wirtschaftsverbände, die Gebildeten der Nation wurden mundtot gemacht, auch wenn sie in Formen, die der Kriegszustand zur selbstverständlichen Pflicht machte, Kritik übten und auch nur positive Wünsche äußerten.

2. Alle Rationalisierungen, neun Zehntel der landfälligen Bevölkerung, der Führer und Gebildeten im konservativen und nationalliberalen Lager, sieben Zehntel der Führer und akademisch Gebildeten auch in der Reichspartei, im Zentrum und in der fortschrittlichen Volkspartei, dazu alles, was völkisch und in Volkstagen elementar deutsch empfunden im Bauerntum, im Handwerk, im Kleinhandel, denkt politisch so, daß alle die hier Genannten sachlich kaum weit abweichen von den Meinungen des Herrn Kapp. Wie das Offizierkorps in Heer und Marine denkt, unterziehen wir keiner Feststellung oder Abschätzung. Alle diese Kreise wünschen das Beste für das Vaterland, suchen auch an Besserungen in der Sanhabung der auswärtigen Politik zu glauben, freuen sich sogar, wo es anscheinend wirklich besser und vorwärts geht, können aber nicht hinweg darüber, daß in der U-Wort-Frage niemals hätte geschehen dürfen, was geschah. Entweder mußte dieser Streit nicht begonnen oder anders beendet werden.

3. Diese Kreise sehen mit Bedauern in der auswärtigen Politik nur die alten Kräfte tätig, die vor dem Kriege allgemein als nicht ausreichend erschienen waren. Diese Kreise beklagen die Kanzlerworte vom 4. August 1914 über Belgien als einen unerföhligen Verlust; und sie glauben nicht zu irren, füglich sogar in der „Frankfurter Zeitung“ einen auffallenden Angriff auf „schwache Hände“ an der Spitze des Auswärtigen Amtes gelesen zu haben.

4. Dies in Verbindung mit offener Unklarheit und mit deutlichem Schwanken an amtlicher Stelle über mögliche und erwünschte Kriegsziele (unter gleichzeitiger Anbelagerung aller, auch der vertraulichsten Versuche, das Kriegsziel in abgeschlossenen Kreisen politischer und militärischer Hörer und Leser zu hören) hat hohe Grade vaterländischer Enttäuschung erzeugt — ohne daß jedoch die davon betroffenen Kreise aufgehört hätten, auch gegenüber den amtlichen Stellen das gemeinsame Beste zu suchen und die Pflicht zur Arbeit und Mitarbeit über die Kritik zu stellen.

Die „V. N. N.“ bemerken hierzu ausdrücklich, daß sie aus der Kappischen Denkschrift noch heute nichts weiter kennen, als was offiziös veröffentlicht worden sei. Wir wagen diese Erklärung nicht anzuzweifeln, aber um so symptomatischer erscheint es uns, daß in dem oben wiedergegebenen Pronunziamento, das wohl kaum eine Privatarbeit der „V. N. N.“ ist, just dieselben Gedankengänge und Anklagen — allerdings in vorsichtigerer verhüllter Form — wiederholt werden, die der Denkschrift des Herrn Kapp ihr Gepräge geben. Diese Tatsache allein dürfte genügen, um die Tiefe und Stärke der gegen den Kanzler arbeitenden Fronde zu ermessen, die — das betonen wir besonders — die Person um der Sache willen aus dem Wege räumen will. Weil dem so ist, und weil die Sache, um die es sich hier handelt, für die Gegenwart und die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend ist, ist Klarheit und Offenheit in dieser Stunde das oberste Gebot. Man glaube nicht, daß es bei den bisherigen Vorstößen der Fronde sein Bewenden haben wird. Die Vorgänge der letzten Tage müssen auch die Ungläubigsten von dem Gegenteil überzeugen. Ist es der Reichsregierung und ihrem verantwortlichen Vertreter ernstlich darum zu tun, der offenen und verkappten Fronde Einhalt zu gebieten, die um ihrer parteipolitischen Zwecke willen die Zukunft des deutschen Volkes aufs Spiel setzt, so möge den breiten Massen endlich Gelegenheit gegeben werden, diesen Treibern in aller Öffentlichkeit entgegenzutreten. (2)

Die Kriegsziele des Reichskanzlers.

Wir haben vor einigen Tagen nach einem Bericht des „Lokal-Anzeigers“ die Ausführungen wiedergegeben, die Scheidemann in der Breslauer Versammlung über die Kriegsziele des Kanzlers gemacht hat. Nach einer uns zugegangenen Information hat Ledebour darauf geantwortet:

Am Anfang des Krieges hätte sich die Mehrheit der Fraktion allenfalls noch im Glauben befinden können, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handle. Der weitere Verlauf des Krieges habe aber bewiesen, daß dies nicht der Fall sei. Es wäre nicht ein süßes Geheimnis, das der Reichskanzler Scheidemann ins Ohr geträufelt habe, sondern mindestens jeder Reichstagsabgeordnete wisse es, daß der Reichskanzler zwar nicht auf dem Boden der Wirtschaftsverbände stehe, wohl aber sich so ausgedrückt habe, daß er sich die Möglichkeit von Annerexionen im Osten und Westen offenhalte. Die Debatte anlässlich der Friedensinterpellation habe das zur Genüge bewiesen.

Die bürgerliche Presse benutzt die Mitteilungen Scheidemanns und die Erläuterung der „Norddeutschen“, daß die Kriegsziele der sechs Wirtschaftsverbände „zum Teil weit über das hinausgehen, was der Reichskanzler wiederholt im Reichstage öffentlich gefordert habe“, um die Freigabe der Kriegszielerörterung zu fordern. In diesen Kommentaren werden zugleich die eigenen Kriegszielforderungen des betreffenden Blattes kurz angedeutet. Die bürgerliche Presse beruft sich dabei darauf, daß aus dem Wortlaut der Erklärungen des Reichskanzlers klar hervorgeht, daß seine Forderungen von denen der Wirtschaftsverbände nur graduell verschieden seien. So schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Zunächst stellen wir gern fest, daß die „Norddeutsche“ Herrn Scheidemann gegenüber wenigstens ausdrücklich an dem festhält, was der Kanzler im Reichstag über die Erfordernisse unserer Sicherung im Osten und Westen gesagt hat. Darunter war denn doch Verschiedenes, was in der Deutung und im Verstand anderer Leute als Herrn Scheidemanns sich mit einer grundsätzlichen Verwerfung jedes Gedankens an Erwerbungen schlechterdings nicht verträgt.“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß „in den verschiedenen Reichstagsreden des Kanzlers doch anscheinend eine gewisse Steigerung seiner Forderungen gegenüber unseren Feinden zu bemerken war, und daß der Reichskanzler die grundsätzliche bedeutende Erklärung abgegeben hat, daß unsere Ansprüche mit der weiteren Verlängerung des Krieges wachsen müßten“. Immerhin scheint es der „Deutschen Tageszeitung“ nicht ganz sicher, ob der Reichskanzler nicht diesen Standpunkt „wenigstens bedingt verlassen habe“, und sie fordert eine neue Klarstellung.

Der wirklichen Bedeutung der Haltung des Kanzlers kommt unseres Erachtens die Zeitung „Berliner Neueste Nachrichten“ nahe. Sie schreibt:

„Nun hat der Kanzler inzwischen zweimal im Reichstage gesprochen von der Notwendigkeit einer Landeneroberung zur „Sicherung“. Das eine Mal folgte der Abgeordnete Landberg trotzdem, daß die Kanzlerrede ihm recht zu geben scheint, der von dem Kanzler nach wie vor die Ablehnung jeder Eroberung annehme. Allerdings höhnte der „Vorwärts“ zu gleicher Zeit: daß vielmehr die bürgerlichen Parteien sich durch den Kanzler bestärkt fühlen könnten. Es fehlte nur noch, daß ein dritter Ausleger die alte Diplomatensprache dazwischen schleuberte: wen tauscht man hier?“

Auch uns scheint es, als ob hier von verschiedenen Seiten abstrichlich Unklarheiten über die Ziele des Kanzlers verbreitet werden. Wenn von rechtstehender Seite bemängelt wird, daß der Reichskanzler den Genossen Scheidemann nicht öffentlich abgestuft habe, so steht dem doch gegenüber, daß der gleiche Reichskanzler auch zu der Auslegung geschwiegen hat, die der Zentrumsabg. Spahn den Worten des Kanzlers gegeben hat. Hält man noch dazu, was der Kanzler selbst im Reichstage über seine Kriegsziele wirklich gesagt hat, so wird doch genügend deutlich, daß der Reichskanzler in seinen Auffassungen den bürgerlichen Parteien grundsätzlicher viel näher steht als der Sozialdemokratie. (2)

Die Kammer-Opposition gegen die französische Regierung.

Basel, 24. Juni. (W. L. B.) Der Berichterstatter der „Basler Nachrichten“ in Paris drahtet, daß gegen die Vertrauensstagesordnung für die Regierung stimmten: 35 Parteisozialisten (socialistes unifiés), 10 unabhängige Sozialisten (socialistes républicains), 28 Radikale verschiedener Färbung und einige Wilde.

Die Unvernunft des Wirtschafts-Imperialismus.

New York, 23. Juni. (Funkspruch vom Berichterstatter des W. L. B.) „Journal of Commerce“ bespricht in einem Leitartikel die Pariser Wirtschaftskonferenz der Alliierten. Das Blatt verurteilt die Bemühungen, Deutschland nach der Wiederherstellung des Friedens wirtschaftlich zu boykottieren und bezeichnet diese Bemühungen als ebenso unvernünftig, wie den den

Zentralmächten zugesprochenen Plan, ein sich wirtschaftlich selbstgenügendes Mitteleuropa zu gründen. Das Blatt sagt: Weder ein Erfolg des einen, noch des anderen Unternehmens ist möglich. Beide Entwürfe einer geradezu mittelalterlichen Auffassung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen der Welt. Die Alliierten mögen die deutschen Erzeugnisse boykottieren, aber der übrige Teil der Erde werde sicherlich nicht aus irgendwelchen rein sentimentalischen Gründen dasselbe tun. Die Erörterung der Methoden einer wirtschaftlichen Einkreisung Deutschlands hat indessen das Bestehen scharfer Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten enthüllt. Tatsache ist, daß es je mehr die Fragen besprochen werden, um so deutlicher erscheint, daß die Alliierten sich selbst mehr schaden würden, als Deutschland, wenn sie versuchen wollten, seine wirtschaftliche Wiedererstarbung unmöglich zu machen.

Die griechische Presse über das Ultimatum.

Athen, 23. Juni. (W. L. B.) Unter der Überschrift „Die griechische Presse zum Ultimatum“ meldet die „Athenische Zeitung“ aus Athen: Wenigleich der König und das Kabinett Jaimis infolge der Zwangslage, in der sie sich gegenüber den Schutzmächten befinden, den Inhalt der gestrigen Note vorbehaltlos annehmen mußten, so hat doch das beispiellose Vorgehen der privilegierten Schlichter aller schwachen und neutralen Staaten gegen Griechenland in allen noch national denkenden und für die Ehre des Landes Gefühl besitzenden Kreisen die höchste Entrüstung und Verurteilung ausgelöst, ausgenommen die Venizelos-Presse, die im Hochgenuss des Triumphes schwelgt und feststellt, daß die Note nicht bloß den griechischen Staat, sondern auch seine freihetliche Verfassung unter die nach Jahren erneuerte Bürgerschaft Englands, Frankreichs und Russlands stelle, Griechenland von inneren Verwicklungen befreie und die staatliche Ordnung wieder herstelle. Die übrigen Blätter der Hauptstadt sind in der harten Verurteilung des Vorgehens der Verbandsmächte einig. „Akropolis“ betont, daß diese niemals durch irgendeinen Vertrag das Recht zur Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes erworben hätten, so daß sie die Absetzung von Polizeibeamten fordern dürften. „Echyp“ sagt, das einzig dastehende Schriftstück, das Griechenland gestern ins Gesicht geschleudert wurde, sei der dunkelste Fleck in der Weltgeschichte. „Chronos“ schreibt, daß seitdem es Nationen gibt, niemals ein freier Staat eine so schamvolle Ohrfeige erhalten habe; niemals hätten Vertreter fremder Staaten gewagt, vor dem gesetzlichen Leiter eines Volkes zu erscheinen und im Namen von dessen Freiheiten die Aufhebung seiner Freiheit zu verlangen und noch dazu durch Flugblätter eine Beleidigung gegen dessen König zu verbreiten.

Die griechische Demobilisierung.

Bern, 24. Juni. (W. L. B.) Nach einer Stefanimeldung aus Athen erhielt der italienische Gesandte von Jaimis eine Note, in der insbesondere mitgeteilt wird, daß in die allgemeine Demobilisierung auch die in Korpepirus befindlichen griechischen Einheiten einbezogen seien.

Die Begründung des Ultimatus.

Athen, 22. Juni. (W. L. B.) Die in den bereits gemeldeten Forderungen der Regierungen Frankreichs, Englands und Russlands gipfelnde Note bejaht in ihrer Einleitung:

Auf Befehl ihrer Regierungen geben die Gesandten von Frankreich, Großbritannien und Rußland, welche die Garantemächte von Griechenland vertreten, sich die Ehre, der griechischen Regierung folgende Erklärung zu überreichen, welche sie auch dem griechischen Volke zur Kenntnis zu bringen, Befehl erhalten haben:

So wie sie es bereits feierlich und schriftlich erklärt haben, eruchen die drei Garantemächte von Griechenland dieses nicht, aus seiner Neutralität herauszutreten. Sie geben davon einen schlagen Beweis, indem sie die allgemeine Demobilisierung der griechischen Armee an die erste Stelle ihrer Forderungen stellen, um dem griechischen Volke Ruhe und Frieden zu sichern. Aber sie haben viele berechtigte Verdachtsgründe gegen die griechische Regierung, deren Haltung ihnen gegenüber mit ihren wiederholten Verpflichtungen nicht im Einklang steht und so gar nicht mit den Grundprinzipien einer hohen Neutralität. So hat die Regierung zu oft gewisse fremde Umtriebe begünstigt, welche offen darauf hin arbeiteten, die Meinung des griechischen Volkes irre zu führen, sein nationales Bewußtsein zu fälschen und auf griechischem Gebiet feindliche, der Neutralität des Landes entgegengelegte und auf Schädigung der Sicherheit der alliierten Land- und Seestreitkräfte gerichtete Organisationen zu schaffen.

Der Einmarsch bulgarischer Truppen in Griechenland und die mit Zustimmung des griechischen Kabinetts erfolgte Besetzung des Forts Rupel und anderer strategischer Punkte bedeuten für die Truppen der Alliierten eine neue Drohung, welche den drei Mächten die Verpflichtung auferlegt, sofortige Verfügungen und Maßnahmen zu fordern. Andererseits wurde die griechische Verfassung mißachtet, ebenso wie die freie Ausübung des allgemeinen Stimmrechts. Die Kammer wurde gegen den deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes in weniger als einem Jahre zweimal aufgelöst. Die Wähler wurden inmitten der Mobilisierung zur Urne gerufen, so daß die gegenwärtige Kammer nur einen schwachen Teil der Wählerschaft vertritt. Das ganze Land wurde einem Regime des Druckes und der Polizeiherrschaft unterworfen und dem Ruin entgegengeführt ohne Rücksicht auf die gerechten Vorstellungen der Mächte. Diese haben nicht nur das Recht, sondern auch die gebieterische Pflicht, gegen derartige Verletzungen der Freiheiten zu protestieren, deren Täter sie dem griechischen Volke gegenüber sind. Die feindliche Haltung der hellenischen Regierung gegen die Mächte, welche Griechenland vom fremden Joch befreit und seine Unabhängigkeit verbürgt haben, das offenkundige Zusammenwirken des gegenwärtigen Kabinetts mit ihren Feinden bildet für sie weitere starke Gründe, um mit Festigkeit zu handeln, indem sie sich auf das Recht stützen, das sie aus den Verträgen ableiten, welche aus Schutze des griechischen Volkes bekräftigt wurden, so oft dasselbe in der Ausübung seiner Rechte oder im Genuße seiner Freiheiten bedroht war. Dieran schließen sich die Forderungen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. In Belgien vernichtete unser Feuerkraft deutsche Anlagen in der Gegend der Dinan. In der Champagne griffen die Deutschen gegen Abend nach einer Demobilisierung des Abschnittes zwischen Maisons de Champagne und dem Mont Tetu auf einer Front von 1200 Meter dreimal an, wurden aber mit Bombgranaten oder durch unsere Sperrfeuer zurückgeschlagen. Einige Abteilungen drangen in einen vorgeschobenen Teil ein, wurden aber sofort durch Bajonettangriff, unter Zurücklassung von ungefähr zehn Gefangenen, verjagt. Handstreich der Deutschen gegen kleine Posten nordöstlich vom Hügel von Les Mesnil wurden während der Nacht abgewiesen. Auf dem linken Maasufer erneuerten die Deutschen ihre Angriffe. In der Gegend der Höhe 304 schickten zwei Handgranatenangriffe an unserem Maschinengewehrfeuer. Im Laufe der Nacht war die Beschießung lebhaft im Walde von Abocourt und am Zoten Mann. Die Abschnitte von Esnes und Chantancourt wurden

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Erfolge auf dem rechten Maasufer.
Panzerwerk Thiamont genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. Juni 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Rechts der Maas brachen unsere Truppen, an der Spitze das 10. bayerische Infanterie-Regiment König und das bayerische Infanterie-Leib-Regiment, nach wirksamer Feuertorbereitung auf dem Höhenrücken „Kalte Erde“ und östlich davon zum Angriff vor, stürzten über das Panzerwerk Thiamont, das genommen wurde, hinaus, eroberten den größten Teil des Dorfes Fleury und gewannen auch südlich der Feste Vanz Gelände. Bisher sind in die Sammelstellen 2673 Gefangene, darunter 60 Offiziere, eingeliefert. Auf der übrigen Front stellenweise Artillerie-, Patronen- und Fliegeraktivität. Bei Hanmont wurde ein französischer Kampfeindecker im Luftkampf zum Abbruch gebracht; Leutnant Wintgens schoß bei Diamont sein siebentes feindliches Flugzeug, einen französischen Doppeldecker, ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Teilvorsöße wurden südlich von Flugt und nördlich von Widyn abgewiesen.

Ein deutsches Fliegergeschwader griff den Bahnhof Poloczany (südwestlich von Molobezno) an, auf dem Truppeneinladungen beobachtet waren; ebenso wurden auf die Bahnanlagen von Laminiec Bomben geworfen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linzigen wurde der Angriff bis in und über die Linie Zubilus-Watyn-Zwiniacz vorgetragen. Heftige feindliche Gegenangriffe scheiterten. Die Zahl der russischen Gefangenen ist ständig im Wachsen.

Bei der Armee des Grafen von Bothmer fanden nur kleinere Gefechte zwischen vorgeschobenen Abteilungen statt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 24. Juni. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Kimpolung in der Bukowina wurde gestern heftig gekämpft.

Im Gjeremosztal drängte umfassendes Vorgehen österreichisch-ungarischer Truppen den Feind aus der Stadt Kutu zurück.

Nordwestlich von Tarnopol brach ein nächtlicher russischer Angriff unter unserm Geschützfeuer zusammen.

Bei Radzivilow wurden gestern vormittag abermals russische Anstürme abgeschlagen. Bei den vorgestrigen Kämpfen nördlich dieser Stadt hat die aus Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg ergänzte erste Landsturmbrigade wieder Proben ihrer Tüchtigkeit abgelegt.

Die in Polhynien stehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte ringen dem Feind nördlich der Lipa, nordöstlich von Goroschow und westlich und nordwestlich von Tereghin Schritt für Schritt Boden ab. Alle Gegenangriffe durch zum Teil frische russische Kräfte blieben für den Feind ohne Erfolg.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Plädenabschnitt setzte der Feind nach höchster Steigerung seines Geschützfeuers Infanterieangriffe gegen unsere Stellungen auf dem Lana-Joch und am Kleinen Pal an. Beide Angriffe wurden abgeschlagen.

Sonst Lage unverändert.

Der Bahnhof von Kala stand unter dem Feuer unserer schweren Geschütze.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Einige unserer Torpedoschiffe beschossen am 23. früh an der italienischen Küste bei Vintanova eine Fabrikanlage und einen fahrenden Lastzug. Durch die Beschädigung explodierte die Lokomotive des Zuges; vier Waggons gerieten in Brand, mehrere Waggons wurden beschädigt. Die Fahrzeuge sind vom Feinde unbeschädigt zurückgeholt. Am 23. abends hat Linienfahrleutnant Banfield, acht Minuten nachdem er gegen einen zum Angriff auf Triest herankommenden feindlichen Hydroplan aufgesessenen war, diesen noch über dem Meer im Luftkampf heruntergeschossen. Beobachter (Italiener) tot, Pilot (Franzose) gefangen. Das Flugzeug „S. V. 12“ wurde nach Triest eingeschleift. Am 24. Juni früh hat eines unserer Flugzeuggeschwader Eisenbahnbrücke und Bahnhof von Ponte di Biave sowie Hafen von Grado mit sehr gutem Erfolge bombardiert, in die Brücke vier Volltreffer erzielt. Alle Flugzeuge trotz heftiger Beschießung unverfehrt eingedrückt. Eine Stunde später wurde ein französisches Seeflugzeug Typ S. V. A. im Golf von Triest von Linienfahrleutnant Banfield im Luftkampf heruntergeschossen; es stürzte vier Kilometer vor Grado ins Meer. Unter dem Schutze der feindlichen Batterien gelang es einem feindlichen alarmierten Panzermotorboot, das Flugzeug zu bergen, dessen beide Insassen schwer verwundet sein dürften.

Flottenkommando.

heftig beschossen. Auf dem rechten Ufer war die Tätigkeit der Artillerie von der Maas bis Roulainville sehr groß, besonders westlich und südlich von der Feste Vanz. Die Deutschen machten ausgiebigen Gebrauch von tränenregenden Granaten. Bei Les Esparges scheiterte ein kleiner deutscher Angriff vollständig.

Paris, 24. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Freitag abend. Auf dem linken Maasufer hat die Beschießung der Gegend Höhe 304, „Zoten Mann“ und unserer Gräben zweiter Linie im Abschnitt von Chantancourt mit Granaten großen Kalibers den ganzen Tag andauert. Auf dem rechten Maasufer haben die Deutschen nach heftigen Artillerieangriffen während der Nacht von

8 Uhr morgens an eine Reihe von Angriffen in großer Breite, und zwar auf einer Front von fünf Kilometern ungefähr von Höhe 321 bis östlich von der Batterie Damloup angelegt. Diese Angriffe wurden mit großen Truppenstärken einer nach dem anderen mit außerordentlicher Erbitterung gemacht, trotz der ungeheuren Verluste, welche Sperrfeuer und Maschinengewehre dem Feind zwischen den Höhen 321 und 320 beibrachten. Nach mehreren vergeblichen Anstürmen gelang es den Deutschen, unsere Gräben erster Linie und das Werk von Thiamont wegzunehmen. Ein mächtiger deutscher Angriff, welcher bis zum Dorfe Fleury gelangte, wurde durch einen lebhaften Gegenangriff unserer Truppen zurückgewiesen. An Angriffen auf die Höhen von Vanz, Chapitre Fumini und Le Chenois und die Batterie Damloup wurden durch unsere Feuerwirkungen gebrochen und vollständig zurückgewiesen. In der Woerwre-Gegend ziemlich lebhafter Artilleriekampf im Abschnitt von Roulainville. An der übrigen Front kein Ereignis.

Luftkrieg: In der Nacht zum 23. hat unser Flugwesen mehrere Beschießungsunternehmungen in der Gegend nördlich von Verdun durchgeführt; die Bahnhöfe von Grand Pré, Longuyon, Fontillois, Tubun-le-Roman sowie die Lager in der Gegend von Zannes und Monfaucou haben viele Bomben von großem Kaliber erhalten. Auf dem Bahnhof von Longuyon ist ein heftiger Brand ausgebrochen. Ein nördlich von Brieuves gelegenes Schießbedarfslager des Feindes ist unter unseren Geschossen aufgefliegen. Fünf Brandherde sind festgestellt worden.

Belgischer Bericht. In der Gegend von Dignuiden am Vormittag Geschützkampf, an der übrigen Front Ruhe.

Die englische Meldung.

London, 23. Juni. (W. L. B.) Haig berichtet: Gestern bei schönem Wetter beträchtliche Tätigkeit in der Luft. Es fanden 22 Luftkämpfe statt, von denen die meisten unentschieden ausgingen. Zwei britische Maschinen wurden niedergeschossen. Der Feind machte gestern Abend an einem kleinen Frontabschnitt südwestlich von Messines von Gaswolken Gebrauch. Es folgte aber kein Infanterieangriff. Heute nichts Besonderes.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 24. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 23. Juni.

Westfront: In verschiedenen Frontabschnitten südlich Riga versuchten die Deutschen nach Artillerievorbereitung anzugreifen, sie hatten jedoch keinen Erfolg. Gestern warfen feindliche Flieger etwa vierzig Bomben auf die Bahnanlagen von Molobezno. Am Abend des 21. Juni entwickelten sich am Dognisi-Kanal im Raume von Logischin Kämpfe, die auch gestern Abend noch andauerten. Von beiden Seiten gemachte Anstrengungen auf den Schaulen und Stegen den Kanal zu überqueren, scheiterten; bei diesen Kämpfen wurden der tapfere General Stiegelmann und der Oberst Vergenstrolch verwundet, der letztere ist seinen Verwundungen erlegen. An der ganzen Front der Armeen des Generals Brusilow örtliche Gefechte in den alten Kampfzonen und in neuen Gegenden, besonders bei Radzivilow. Der Feind wird weiter durch Truppen von der französischen und italienischen Front verstärkt. In der Bukowina schreitet unser Angriff fort. Wir besetzten Gurahumora (31,5 Kilometer südlich Radau), Siraza (28 Kilometer westlich Radau) und Winiy bei Kutu (1 Kilometer östlich). Auf der Verfolgung des in die Karpaten zurückgehenden Feindes machten wir ungefähr 800 Gefangene.

Kaukasus: Die Lage ist unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Brandal besetzten unsere Truppen neue Stellungen jenseits des Rominibaches (östlich der Cima di Mezzana) und auf dem Costone di Lora (westlich des Monte Pasubio). Wir nahmen dem Feinde Waffen, Munition und Bomben ab. An der Front Posina-Astach war die feindliche Artillerie tätig. Wir schlugen Angriffe feindlicher Abteilungen in der Gegend von Campiella und in der des Monte Spin ab. Auf dem Plateau von Schleggen legten wir unseren Druck gegen die feindlichen Stellungen fort. In Carnien und am Monzo Tätigkeit der Artillerien. Diese war besonders nachdrücklich am Hochst. Unsere Artillerie rief Explosionen und Brände an mehreren Punkten der feindlichen Linien hervor.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 23. Juni. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front hat sich nichts Wichtiges ereignet. Unsere mit der Säuberung Südpersiens beauftragten Truppen griffen am 21. Juni morgens die im Engpaß von Baital, der von beiden Seiten von 1500 Meter hohen Bergen umgeben ist, besetzten Russen an. Nachdem sie den Feind von dort vertrieben hatten, verfolgten sie ihn weiter und rückten bis zur Ortschaft Servil vor, die sich 15 Kilometer östlich von diesem Engpaß befindet. Die Verluste des Feindes bei der Verteidigung des Engpasses werden als ziemlich hoch angesehen.

An der Kaukasusfront hat sich auf dem rechten Flügel und im Zentrum nichts Bedeutendes ereignet. Auf dem linken Flügel demächtigten sich unsere Truppen nördlich des Ischorolusses am 22. Juni morgens nach Stürmen mit dem Bajonett des größten Teils der russischen Stützpunkte auf einer über 2000 Meter hohen Bergkette. Der Feind, der seit einiger Zeit eine sehr große Tätigkeit entwickelt hatte, hatte diese nach Süden zu stark befestigt. So haben wir auch in diesem Abschnitt unsere Stellung verbessert. Während des Kampfes, der bis zum Abend dauerte, machten die Russen große Anstrengungen, um die verlorenen Stellungen wieder zu nehmen. Sie wurden aber jedesmal zurückgeschlagen und erlitten schwere Verluste. Wir machten bei dieser Gelegenheit 500 Gefangene, darunter 5 Offiziere, und erbeuteten zwei Maschinengewehre mit ihrer gesamten Ausrüstung, eine große Menge von Zelten, Material und Lebensmittel.

Zwei auf der Höhe der Dardanelen bemerkte feindliche Schiffe wurden durch Geschützfeuer verjagt. Am 22. Juni morgens griff eines unserer Flugzeuge zwei feindliche Flugzeuge an, die den Golf von Saros überflogen, und verfolgte sie bis Imbros. Unser Artilleriefeuer vertrieb einen feindlichen Monitor, der sich Joticha zu nähern suchte. Sonst nichts von Bedeutung.

Englischer Dampfer aufgebracht.

Bispingen, 23. Juni. (W. L. B.) Hier angekommen Fischer berichten, daß ein Dampfer der englischen Hartwich-Linie heute früh um 8 Uhr von deutschen Torpedobooten beim Dampfschiff „Schouwen-bank“ angehalten und nach Seebrügge aufgebracht wurde.

Die Kämpfe in Mexiko.

Washington, 24. Juni. (W. T. B.) Reuter meldet: Ein lakonischer Bericht des Generals Pershing, in dem mitgeteilt wird, daß in den Kämpfen bei Carrizal möglicherweise zwei Abteilungen Kavallerie aufgerieben wurden, verursachte größere Spannung als irgendeiner der zahlreichen Vorfälle, die die Vereinigten Staaten und Mexiko an den Rand des Krieges gebracht haben. In dem Bericht heißt es, daß bisher nur sieben Reiter nach der Basis zurückgekehrt sind. Sie erzählten, daß die Mexikaner die Kavallerie hinterlistig in der Flanke angegriffen haben. Als der Bericht in Washington ankam, ließ der Staatssekretär für den Krieg Wilson weder und hatte eine längere Unterredung mit ihm. Aus den verschiedenen Staaten sind telephonische Nachrichten eingetroffen, daß die Kommandanten der Miliztruppen fieberhaft arbeiten, um ihre Leute so rasch als möglich nach der Grenze zu bringen.

Die amerikanische Rüstung.

Washington, 23. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Im Repräsentantenhaus beantragte heute der Vorsitzende des militärischen Ausschusses Hay, die Entlassung anzuwenden, durch die der Präsident ermächtigt wird, nach seinem Gutachten Miliztruppen in die Armee der Vereinigten Staaten einzuschwören. Es entstand eine lebhafteste Auseinandersetzung über einen von Hay eingebrachten Antrag, in dem erklärt wird, daß der Notfall, für den eine solche Einverleibung von Miliztruppen in die Armee vorgesehen sei, bereits bestünde. Der Führer der Republikaner Mann unterstützte den Antrag mit der Begründung, daß in Nordmexiko bereits Kriegszustand bestehe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Amsterdam, 24. Juni. (W. T. B.) Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Washington telegraphiert, daß man im Weissen Hause durchblicken ließ, daß der Präsident nichts unternehmen werde, ehe er alle Einzelheiten über die letzten Ueberfälle auf amerikanische Truppen kennt und daß er nur dann dem Kongress vorschlagen wird, den Krieg zu erklären, wenn es erwiesen wird, daß der verantwortliche Offizier der Carranzisten den Frieden absichtlich brach. Dies ermöglicht die Aussicht auf eine Beilegung des Konflikts, und es sind verschiedene Anzeichen dafür vorhanden, daß Carranza die Gelegenheit benutzen wird, um die Verantwortung für die Ereignisse bei Carrizal von sich abzuschüteln. Wilson hat Kopien der letzten amerikanischen Note an Carranza und Begleitbriefen dazu an die Gesandtschaften der lateinisch-amerikanischen Staaten geschickt.

In dem Memorandum spricht Wilson den Wunsch aus, einen Krieg zu vermeiden und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten die lateinisch-amerikanischen Staaten seine Absichten richtig beurteilen würden. Er wolle keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos, sondern nur die Verteidigung des amerikanischen Gebiets gegen Räuber. Selbst die Mütter, die zuerst Wilsons abwartende Politik bekräftigt haben, billigen jetzt seine geduldige Haltung.

Politische Uebersicht.

Das Steuerkompromiß im Landtag verfeßt?

Der famose Bruderzwist im preussischen Landtag, der wegen der Befristung der neuen Steuerzuschläge entstanden war und durch die Art der Behandlung der Frage durch das Herrenhaus — das über die Abänderungsanträge des Abgeordnetenhauses ohne Debatte zur Tagesordnung überging — zu heller Flamme emporlodern zu wollen schien, hat am Sonnabend durch Annahme eines Kompromißantrages vermutlich sein Ende gefunden. Das Herrenhaus hat gesiegt, das Abgeordnetenhaus sich löblich unterworfen. Vermutlich wird das Herrenhaus nun nicht völlig unversöhnlich sein und dem Abgeordnetenhaus den bedingungslosen Gang durchs Kaubische Joch zumuten, sondern das Kompromiß gleichfalls annehmen. Der preussische Finanzminister gab wenigstens am Sonnabend dieser Erwartung bereits zuverlässigen Ausdruck.

So ist die Streitart begraben — zum Wohle des Vaterlandes, mit Rücksicht auf die schwere Zeit, wie man in der bürgerlichen Presse lesen wird. In Wahrheit kann davon gar keine Rede sein. Man hat sich verständigt. Man hat aus dem täuschenden Gegenspiel den Weg zum gemeinsamen Zusammenspiel gefunden — aus minder selbstlosen und ethischen Gründen, als man sich den Anschein gegeben hat.

In Wahrheit war der „Konflikt“ schon von vornherein nichts weniger als tragisch zu nehmen. Der Zweck des getrennten Marschierens war ja der gleiche; nur aus taktischen Gründen ging man getrennte Wege. Wir haben deshalb der ganzen Affäre von vornherein auch nicht die publizistische Bedeutung beigemessen, die journalistisches Sensationsbedürfnis aus der Geschichte machte.

Der Zweck der ganzen Uebung in beiden Häusern des Landtags war, der Reichsregierung die Möglichkeit zu erschweren, in der Frage direkter Reichssteuern energisch zuzugreifen. Dieser Zweck ist erreicht, vorläufig, und man hofft ihn durch die von der Abgeordnetenhäusermehrheit nunmehr gebilligte Taktik des Herrenhauses auch künftig sichern zu können. Ob's gelingt, hängt von der Einsicht und Energie der Massen ab.

Genosse Ströbel kennzeichnet die Situation mit kräftigen Strichen. Er zeichnete auch, soweit es die Spezialdebatte zuließ, die ganze politische Lage. Wir verweisen die Leser auf den Bericht.

Genosse Adolf Hoffmann beantragte bei der Feststellung der nächsten Tagesordnung, die so brennende Frage der Nahrungsmittelversorgung als ersten Gegenstand der nächsten Sitzung, die am 27. Juni stattfinden soll, anzusehen. Mit größter Eindringlichkeit und zwingenden Argumenten begründete er diesen Antrag. Vergeblich. Mit allerhand Ausreden bekämpften die Vertreter der bürgerlichen Parteien den angeführten der herrschenden Zustände so unabweisbaren Antrag. Sie redeten von Agitationsbedürfnis, überflüssigen Nebenübungen und dergleichen, während doch die ganze Nation am Leibe fühlt, wie notwendig es wäre, dem „Lebensmitteldiktator“ und seinen parlamentarischen und sonstigen Weiräten die Arbeit durch eine neue energische parlamentarische Aktion das rücksichtslose Zugreifen zu erleichtern. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Auch ein „Erfolg“, dessen die „Sieger“ nach dem Eindruck im Lande schwerlich froh werden dürften!

Die Anklage gegen Liebknecht.

Wie wir erfahren, ist Genosse Dr. Karl Liebknecht wegen versuchten Kriegsverrats angeklagt worden. Neben dem § 89 des Reichsstrafgesetzbuchs kommt dafür der § 57 des Militärstrafgesetzbuchs in Frage. Dieser Paragraph lautet:

„Wer im Felde einen Landesverrat begeht, wird wegen Kriegsverrat mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“

Für die Strafbemessung ist entscheidend der § 44 des Reichsstrafgesetzbuchs, der lautet:

„Das versuchte Verbrechen oder Vergehen ist milder zu bestrafen als das vollendete.“

Ist das vollendete Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein, neben welcher auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden kann.“

Ein zweifelhafter Vergleich.

Die „Berliner Volkszeitung“ beschäftigt sich mit den Kommentaren der rechtsstehenden Presse zu dem „Fall Kapp“. Da diese die Anschauungen Kapps über die Politik des Reichskanzlers im wesentlichen teilt, sucht sie natürlich Kapp nach jeder Richtung hin zu verteidigen. Da es aber unter den herrschenden Zensurverhältnissen unmöglich ist, auf die sachlichen Anschauungen Kapps einzugehen, behandelt sie mehr die persönliche Seite des Falls und verteidigt das Auftreten Kapps gegenüber dem Reichskanzler selbst in der letzten Phase, die bekanntlich auf eine Forderung auf Säbel oder Pistolen hinauslief. Die „Arbeitszeitung“ attestierte Herrn Kapp dabei ausdrücklich einen „gewissen Mut“. Die „Berliner Volkszeitung“ bezeichnet es dagegen als einen „traurigen Mut“, den leitenden Staatsmann in Kriegszeiten mit der Pistole zu bedrohen. Im übrigen glaubt sie, eine gewisse Sozialisierungswandlung zwischen der extremen Rechten und der äußersten Linken feststellen zu können. Sie schreibt:

„Waren es doch Liebknechts Freunde, die ihrem Vorbild ebenfalls einen gewissen Mut nachrühmten, und man muß gestehen, daß für Herrn Liebknecht zweifellos mehr Mut dazu gehörte, auf die Straße zu gehen, als für den, durch einflussreiche Äußerungen geschützten Generallandwirtschaftsdirektor, dem Reichskanzler seinen Sekundanten zu schicken.“

Auch in der Wirkung hält die „Volkszeitung“ die Agitation von Kapp und Liebknecht für ziemlich gleichartig. Das ist unseres Erachtens allerdings ein Urteil, das nur oberflächlicher Betrachtung der Dinge entspricht. Ein sorgfältiges Studium des Schos, das durch das Auftreten Liebknechts und den Treibern der Leute um Kapp im Ausland hervorgerufen worden ist, würde die „Volkszeitung“ davon überzeugen, wie unzutreffend ihr Vergleich ist. (z)

Fortschrittliche Volkspartei und Annektionspolitik.

Auf der Nürnberger Tagung des bayerischen Landesauschusses der Fortschrittlichen Volkspartei hatte der Reichstagsabgeordnete Müller-Weinigen ausgeführt: „Als selbstverständlich erscheint, daß die Zukunft des Reiches durch entsprechende Gebietsveränderungen sichergestellt wird.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: „Es könnte danach (besonders da von irgendeinem Widerspruch nichts gesagt ist) der Schein entstehen, als habe sich die bayerische Vertretung der Fortschrittlichen Volkspartei für eine Politik der Annektionen festgelegt. Das ist, wie uns von einem Teilnehmer der Versammlung mitgeteilt und durch Vergleichung mit dem ausführlichen Bericht im „Fränkischen Courier“ in der Hauptsache bestätigt wird, nicht der Fall. Herr Müller-Weinigen hat als Referent darauf hingewiesen, daß in der Frage der Kriegsziele die Meinungen noch weit auseinandergehen, daß es aber keinen Sinn habe, darüber zu diskutieren, solange die Kriegslage, die den Frieden bestimmen wird, noch nicht endgültig geklärt sei. In Anknüpfung an eine kurze Andeutung seiner persönlichen Anschauung hat er dann allerdings geäußert, daß entsprechende Gebietsveränderungen „heute mit den Phrasen der Annektionen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht mehr bekämpft werden können“. Dieser Bemerkung ist aber in der Debatte unter dem Vorfall eines erheblichen Teiles der Versammlung kurz widersprochen worden. Von einer Festlegung der Partei für Annektionsforderungen ist also keine Rede.“ (z)

Londales Schicksal.

Mehrere Zeitungen haben berichtet, daß der englische Kriegsgefangene, der Londoner Straßenbahnführer William Londale, der wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten im Gefangenlager zu Döberitz vom Oberkriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, vom Kaiser begnadigt worden sei. Wie wir erfahren, trifft diese Meldung nicht zu. (z)

Was ist Kriegslieferung?

Bekanntlich bezeichnen einige der ergangenen Verordnungen über Beschlagnahme von Metallen die Entnahme von Metall aus beschlaggenommenen Lager zur Auslieferung von Kriegslieferungen als zulässig. Diese Vorschrift wird von den beteiligten Firmen trotz früherer amtlicher Aufklärung durch die Presse immer wieder dahin ausgelegt, daß sie auf Grund dieser Bestimmung berechtigt seien, die Mengen von Sparmetall aus beschlaggenommenen Vorräten zu entnehmen, mit denen die zur Auslieferung der übertragenen Kriegslieferung benötigten Werkstatteinrichtungen angefertigt werden sollen. Diese Auslegung widerspricht dem Sinn und Zweck der Beschlagnahme. Die Kriegslieferung im Sinne der angezogenen Vorschriften umfaßt nur die von der auftraggebenden Behörde bestellten Erzeugnisse selbst, nicht auch die zu ihrer Herstellung benötigten Maschinen, Geräte usw. Für Neueinrichtung und Betriebserweiterungen, die zur Auslieferung übernommener Kriegslieferungen anträge dienen sollen, darf Sparmetall nur auf Grund vorheriger Freigabe verwendet werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift sind als Übertretungen der Beschlagnahmestimmungen strafbar. (W. T. B.)

Preisbeschränkungen für Seilerwaren.

Die ständigen und teilweise unberechtigten Preis erhöhungen für Seilerwaren haben Anlaß zu einer Beschlagnahme des Bundesrats (vom 21. Juni 1916) gegeben, durch die auch diese Waren — gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind — den Vorschriften der Beschlagnahme über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirl- und Strickwaren vom 30. März 1916 unterworfen werden. Die neue Verordnung ist sogleich in Kraft getreten.

Reichsbekleidungsstelle und Kriegswirtschafts-A. G.

Auf der Generalversammlung der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft wurde durch eine Satzungsänderung die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft in die Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle umgewandelt, wobei sie den Titel „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle“ erhielt. Dieser Organisation wurde die Durchführung der geschäftlichen Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle übertragen. Das Grundkapital der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft wurde von 1 Million auf 10 Millionen erhöht, und der Aufsichtsrat, in dem das Reich, mehrere Bundesstaaten, Kommunen und die ver-

schiedenen Interessengruppen vertreten sind, auf 30 Personen vergrößert. An seiner Spitze steht der Vorsitzende der Reichsbekleidungsstelle, Herr Geheimrat Dr. Bentler. Zu Direktoren wurden außer den Herren Kirchheim und Jentschel, die bisher an der Spitze der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft standen, die Herren Stadtrat Dr. Kemper, Regierungsrat Kosla und Dr. Freudenberger gewählt.

Am Tage vorher trat der Beirat der Reichsbekleidungsstelle zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurden hauptsächlich die Grundzüge und Vorschläge für die Ausgabe der Bezugsscheine für Web-, Wirl- und Strickwaren besprochen. Ferner wurde die Frage der Gestaltung der kommenden Mode erörtert. Da die in Betracht kommenden Verbände erklärt haben, daß Sorge tragen zu wollen, daß bestimmte im Einverständnis mit der Reichsbekleidungsstelle festgesetzte Maßstäbe für Frauen- und Kinderbekleidung nicht überschritten werden, nimmt die Reichsbekleidungsstelle vorläufig von einer befürdlichen Regelung des Stoffverbrauches Abstand. Falls sich ergeben sollte, daß diese freiwillige Uebereinkunft der Verbände nicht innegehalten wird, wird die Reichsbekleidungsstelle entsprechende behördliche Maßnahmen in Aussicht nehmen.

Gegen die Umsatzsteuer.

Die Hamburger Bürgerchaft nahm einen Antrag an, der den Senat ersucht, im Bundesrat einen weiteren Ausbau der Umsatzsteuer entgegenzuwirken. Der Antrag kam aus der Fraktion der Linken (Mittelständler und Grundbesitzer) und fand Begegnenderweise aus der gleichen Fraktion Widerspruch. Genosse Stolten benutzte die Gelegenheit, der bezeichneten Fraktion vorzuhalten, daß sie vor fünf Jahren durch die Durchsetzung einer Umsatzsteuer für Konsumvereine selbst den gefährlichen Weg der Umsatzbesteuerung beschritten habe. Dabei sei die derzeit beschlossene Konsumvereinststeuer auch höher als die Reichs-Umsatzsteuer, deren weiteren Ausbau man fürchte. Die Mittelständler sollten sich für die Steuer bei ihren Freunden im Reichstag bedanken.

Das tägliche Brot.

Helferich verteidigt die J. E. G.

Die letzte Sitzung des parlamentarischen Beirats für Volksernährung wurde durch eine längere Rede des Staatssekretärs des Reichsministeriums des Innern und Stellvertreters des Reichskanzlers Dr. Helferich eingeleitet. Der Staatssekretär erörterte dabei die Frage der Organisation der Lebensmittelzufuhr und die Beschwerden, die gegen die Hauptträgerin der Einfuhrorganisation, die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. erhoben werden: Die schrankenlose Freiheit der Konkurrenz beim Einkauf im Ausland schlug zu unserem Nachteil aus. Einmal trat einem durchaus begrenzten Angebot auf den uns offenstehenden Märkten eine praktisch so gut wie schrankenlose Nachfrage gegenüber; die notwendige Folge war eine Preissteigerung ohne Grenzen. Während ferner uns als Abnehmern eine ausreichende Organisation und Zentralkaufstelle und öffentliche Verwaltungen, Gemeinden, Händler einander gegenseitig die schärfste Konkurrenz machten, war das verkaufende Ausland — teils unter britischem Druck, man denke nur an den niederländischen Ueberseetrust und andere ähnliche Einrichtungen — weit besser organisiert und uns überlegen. Unter solchen Umständen wurde die Zentralkaufstelle die Einfuhr des unermesslichen und unausschließbaren Mittel der Abhilfe. Sie wurde auch notwendig durch Vereinbarungen mit unseren Verbündeten, deren unregelmäßige Konkurrenz wir ebenso ausschalten mußten wie die unseres eigenen Handels, und sie wurde schließlich durch den Zwang gebieterisch gefordert, die eingeführten Waren nicht nur einzelnen Gegenden oder Verbraucherguppen zusammen zu lassen, sondern im ganzen Reich gleichmäßig zu verteilen. Doch die Zentralisation auch heftige Gegner hatten auf den Plan rufen würde, war von vornherein selbstverständlich. Nicht nur private Handelsinteressen werden durch sie geschädigt, sondern es werden auch die besonderen Vorteile eingeschränkt, über die gewisse Gebiete durch altgewohnte und feste Einfuhrbeziehungen bei der Beschaffung ausländischer Waren verfügen. Außerdem widerstreben natürlich die ausländischen Verkäufer der Zentralisation, die es ihnen unmöglich macht, die verschiedenen deutschen Käufer gegeneinander auszuspielen und ihre Forderungen stetig in die Höhe zu schrauben.

Den „billigen“ ausländischen Angeboten an Private — die übrigens oft nur „freibleibende“ Scheinangebote sind — die Tore zu öffnen, wäre auf die Dauer höchst schädlich; denn durch sie soll in der Regel bloß in die straffe Zusammenfassung der Einfuhr eine Bresche geschossen werden, und die schließliche Folge wäre die Wiederkehr der unhaltbaren Zustände, wie wir sie vor Einführung der Zentralisation hatten. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Zentralisation schließt freilich die Möglichkeit nicht aus, daß auf einzelnen Gebieten unter besonderen Voraussetzungen eine gewisse Lockerung zugelassen, eine stärkere Heranziehung des privaten Handels gestattet werden kann.

Daß die Zentralisation die Einfuhrergebnisse — sowohl bezüglich der Mengen wie der Preise — günstig beeinflusst hat, ist erwiesen. Der Staatssekretär legte ausführliches, statistisches Material vor, das auf allen wichtigen Importgebieten seit der Einführung der Zentralisation eine günstige Entwicklung sowohl der Einfuhrmengen wie auch der Preise der Einfuhrwaren belegt.

Der Staatssekretär ging dann auf eine Anzahl einzelner Beschwerdefälle gegen die J. E. G. ein und wies nach, daß die Anklagen teils auf Irrtümern über die Tatsachen selbst, teils auf falscher Beurteilung der Zusammenhänge beruhen. Natürlich kann für die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit jeder Handlung der überaus zahlreichen, notwendig bis zu einem gewissen Grade selbständigen Organe der J. E. G. von niemand eine Gewähr geleistet werden. Fehler werden hier wie in jedem anderen großen Verwaltungskörper oder Betrieb vorkommen.

Zum Schluß betonte der Staatssekretär noch einmal, daß stetig mit der größten Gewissenhaftigkeit nachgeprüft werde, ob in einzelnen Geschäftszweigen eine stärkere Beteiligung des privaten Handels zulässig wäre. Er werde für einen Abbau der Zentralisation eintreten, sobald und wo immer dieser Abbau mit dem Allgemeininteresse verträglich sei. (W. T. B.)

Gewerkschaften und Lebensmittelverteilung.

In der Hamburger Bürgerchaft kam es am 21. Juni zu lebhaften Kämpfen über die mangelhafte Versorgung mit Kartoffeln. Auch wurde geklagt, daß auswärtige Händler und Konservenfabriken am Hamburger Markt das Gemüse aufkaufen. Auf allen Seiten wurde den Gewerkschaften volles Lob für die Mitarbeit bei der Lebensmittelverteilung. Der herzlichste Dank, so führte ein liberaler Redner aus, gebühre den Gewerkschaften, und als ein Teil der Neuorientierung dürfe erwartet werden, daß dieser Dank den Gewerkschaften auch nach dem Kriege abgestattet werde. Hüffmeier (Soz.) schloßerte die unablässigen Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter, die Lebensmittelverteilung aufs Beste zu regeln und die Bevölkerung zu beruhigen. Die Bevölkerung sei leichter geneigt, auf bekannte Leiter der Gewerkschaften zu hören, als auf sonst jemanden. Die Bevölkerung aber solle nicht durch „Eingehänd“ in den Zeitungen aufgeregt werden, damit nicht das eintrete, was niemand wünsche. (1)

Letzte Nachrichten.

Griechenland fügt sich.

Athen, 24. Juni. (W. T. B.) (Sabosmeldung.) Zaimis bestätigte schriftlich in einer Note die den Vertretern der Seemächte schon mündlich gegebenen Zusicherungen, wonach die königlich griechische Regierung sich verpflichtet, die in ihrer gemeinsamen Note vom 21. Juni mitgeteilten Forderungen in ihrer Gesamtheit zu erfüllen.

Gewerkschaftliches.

Die Konferenz der Verbandsvorstände.

Einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, über deren Beschluß zur Volksernährungsfrage wir bereits berichtet, lag nach dem „Correspondenz-Blatt“ der Geschäftsbericht der Generalkommission für die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916 in Druck vor. Zu eingehenden Erörterungen gaben nur der Kassenbericht und die seitens der Generalkommission für die Organisation der Eisenbahner getroffenen Maßnahmen Anlaß. Die Generalkommission hat neben den Bezirkssekretariaten auch zahlreiche lokale Arbeitersekretariate, die infolge des Krieges in bedrängte Lage geraten waren, mit Zuschüssen unterstützt. Diese Unterstützungen wurden als notwendig anerkannt und der Generalkommission für den Bedarfsfall weitere Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Auch den Maßnahmen der Organisation der Eisenbahner stimmte die Konferenz gegen wenige Stimmen zu. Ferner wurde beschlossen, den Angestellten der Generalkommission vom 1. Juli d. J. ab eine monatliche Teuerungszulage von 20 M. zu gewähren, und denjenigen Angestellten, die von der früheren Teuerungszulage von 15 M. ausgenommen waren, diese nachzubewilligen.

Ueber eine Billigungskundgebung des Vorstandes der Glasarbeiter gegen die Haltung des „Correspondenz-Blattes“ ging die Konferenz zur Tagesordnung über.

Die Erörterung über die Novelle zum Reichsvereinsgesetz wurde durch ein Referat Segens eingeleitet. Es wurde dazu die folgende, von Segens beantragte Resolution angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vom 15. und 16. Juni 1916 begrüßt die vom Reichstag am 5. Juni d. J. beschlossene Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die nach ihrem Wortlaut und ihrer von der Regierung beigegebenen Begründung den Gewerkschaften eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Die Konferenz billigt auch das Verhalten der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung und Verabschiedung dieser Novelle. Sie anerkennt, daß es durchaus den Interessen der Arbeiterschaft diene, wenn das Zustandekommen der Vereinsgesetze nicht dadurch gefährdet wurde, daß die Befreiung des Jugend- und Sprachenparagrafen und der Streikbeschränkungen der Landarbeiter mit ihr verbunden wurde. Sie erwartet, daß die verbündeten Regierungen dem vom Reichstag am 5. Juni d. J. angenommenen Gesetzentwurf, durch den der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben wird, ihre Zustimmung geben und unverzüglich eine Gesetzesvorlage einbringen wird, durch die alle weiteren die freie Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsgesetzes behindernden Gesetzesbestimmungen beseitigt werden.“

Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vertreter erklärte, daß er sich der Stimmabgabe enthalten habe, weil die Mehrheit seines Verbandsvorstandes die Taktik der Sozialdemokratischen Fraktion nicht als richtig anerkennen könne.

Im weiteren beschloß die Konferenz mit den Bestrebungen, ein Arbeiterrecht nach dem Kriege zu schaffen. Die Aussprache über diese Angelegenheit blieb zunächst eine informative; ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Frauenerwerbsarbeit während des Krieges, über welche Fraulein G. Hanna referierte, ist ein Problem, das die Gewerkschaften zu erhöhter Aufmerksamkeit nötigt. Die Debatten ließen erkennen, daß man in den Gewerkschaftskreisen in erster Linie mit der Zurückführung der männlichen Arbeiter in ihre frühere Berufsarbeit rechnen. Die Frau sei für die Organisation schwer zu gewinnen, doch werde alles versucht werden müssen,

um den weiblichen Zustrom zur Erwerbsarbeit gewerkschaftlich zu erfassen. Die Halbtagsschicht eigne sich nicht für alle Industrien und habe auch ihre Schattenseiten. Wo sie angängig sei, könne man sie im Interesse der Heimarbeitbekämpfung fördern.

Zur Vorbereitung einer gründlichen Diskussion über das Lehrlingswesen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress empfahl J. Sassenbach eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge, wobei besonders die Zweckmäßigkeit der Berufsberatung, die Fragen des Fortbildungsschulwesens, des Kost- und Logiswesens und der väterlichen Gewalt des Lehrherrn zu berücksichtigen seien. Die Vorstände möchten das Resultat ihrer Untersuchungen bis Ende 1916 der Generalkommission einreichen. In der Erörterung wurde eine Ausdehnung der Untersuchung auf die Wirksamkeit der Arbeitervertretungen in den Innungsvereinigungen zur Regelung des Lehrlingswesens und eine Verschiebung des Berichtstermins bis 1917 gewünscht. Diesen Wünschen soll entsprochen werden.

Es folgte dann die Stellungnahme zur Volksernährungsfrage, über welche wir bereits berichtet.

Deutsches Reich.

Der Verband der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im zweiten Kriegsjahre.

Wie alle Gewerkschaften unter der Last dieses furchtbaren Krieges seufzen, so auch der Verband der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Nicht nur, daß die zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eine starke finanzielle Schwächung für den Verband bedeuten, zeigte sich sogar, daß am Jahresschluß, also nach 17 Kriegsmoaten, noch 379 Kolleginnen mit verkürztem Lohn und verkürzter Arbeitszeit beschäftigt waren. Da gilt es für den Verband, den Ausfall an Lohn durch Unterstützungen einigermaßen wett zu machen. Mehr als 12 000 M. Weihnachtunterstützung wurden ausbezahlt; dazu zahlten aus Ortsmitteln Zahlstellen wie Berlin u. a. Zuschüsse an die Familien der im Felde stehenden Kollegen, wieder andere Zahlstellen haben durch Lebensmittel, Geschenke an die Kollegen im Felde und in anderer Form geholfen.

Am Schluß des Berichtsjahres war ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit zu bemerken. Waren im ersten Quartal des Berichtsjahres noch 1479 Kollegen und 3368 Kolleginnen arbeitslos, so ging diese Zahl zurück auf 68 männliche und 699 weibliche Mitglieder. Besonders für diese ist die lang andauernde schwere Kriegszeit recht traurig, während von den männlichen Mitgliedern kaum eines in einen anderen Beruf überging. In den Holzereien der Zeitungsbetriebe war es möglich, eine größere Anzahl arbeitsloser Kolleginnen als Nachfolgerinnen unterzubringen — mit Wechselschicht —, so daß die Zahl der einberufenen Holzergelgen fast ganz durch weibliche Kräfte ersetzt wurde.

Der Kassenbericht stellt einen weiteren Rückgang der Mitgliederzahl, sowie dementsprechende Mindereinnahmen an Beiträgen fest. Der Mitgliederbestand von 4875 männlichen und 5800 weiblichen Personen = 10 675 Mitgliedern, ist auf insgesamt 6900 Mitglieder, und zwar 2392 männliche und 4517 weibliche, zurückgegangen, gegen den Jahreschluß ein stärkerer Rückgang von 3396 Mitgliedern. Von den ausgeschiedenen männlichen Mitgliedern sind im Berichtsjahre sehr viele zum Heeresdienst einberufen, so daß der tatsächliche Verlust an männlichen Mitgliedern nur noch 824 beträgt, der aber durch 788 Neueintritte fast ausgeglichen wurde.

Arbeitslos waren 2353 männliche Mitglieder mit 44 462 Tagen, 6192 weibliche mit 147 603 Tagen = 8545 Mitglieder mit zusammen 192 065 Tagen. Krank waren 3018 Mitglieder mit 77 072 Tagen.

Die Mindereinnahmen an Beiträgen ließen sich durch Erhebung von Ergänzbeiträgen leider nicht wettmachen. Beitrag 1915 der Beitrag an ordentlichen Einnahmen 313 044,80 M., so fiel er im ersten

Kriegsjahr auf 260 264,70 M. und im Berichtsjahr gar auf 162 085 Mark. Mit Einschluß der Ergänzbeiträge war am Jahreschluß ein um 42 106,57 M. höherer Kassenbestand als am Jahresanfang vorhanden.

Die Verwaltungskosten einschließlich Gehälter verringerten sich gegen das Vorjahr um 13 583,21 M. Der günstigste Umstand aber ist die im Verhältnis zum Vorjahr nur geringe Arbeitslosenunterstützung, die von 150 810,91 M. auf 83 882,21 M. gesunken ist. Daß die Kassenverhältnisse stabilere geworden sind, ist der Opferwilligkeit der Mitglieder zu danken, und es besteht die Hoffnung, daß der Verband auch in Zukunft allen Ansprüchen gerecht werden kann.

Ausland.

Arbeiterforderungen in Frankreich.

In verschiedenen Bergwerksbezirken Frankreichs stellten die Bergarbeiter, wie „Tempo“ vom 12. Juni ausführt, angeführt der wachsenden Lebensmittelerhöhung neue Forderungen auf. Die Bergarbeiter des Murebezirkes (Jüre) fordern Erhöhung des Tagelohnes um 1 Fr. vom 1. Juli an, Beibehaltung aller bisher bewilligten Vorteile und Ausdehnung der Monatsprämien von 5,30 Fr. und der Jahresprämien von 60 Fr. auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ohne eigenes Verschulden arbeitslos geworden sind.

Die Vereinigung der Bergarbeiter des Zentrums verlangte auf ihrer Tagung in Commeny Erhöhung des Tagelohnes um 1,50 Fr., strenge Anwendung der wöchentlichen Ruhe, Unterdrückung der Prämien, ferner den Achtstunden-Arbeitstag. Die Vereinigung fordert weiter die Behörden auf, die Lebensmittelpreise herabzusetzen, und ruft zu diesem Zwecke das Eingreifen des Ministerspräsidenten an. Ebenso fordern die Bergarbeiter von Montceau-les-Mines (Blanz) trotz der bereits von der Bergwerksgesellschaft bewilligten Jugendschuldenerhöhung des Tagelohnes um 1 Fr., Abschaffung der Feiertags- und Förderprämie.

Der Mittelländische Bergarbeiterverband (Fédération des mineurs du Centre) erhebt nach der „Bataille“ vom 9. Juni folgende Forderungen:

1. Eine Lohnerhöhung von 1,50 Fr. täglich für alle Arbeiter.
2. Strenge Einhaltung des wöchentlichen Ruhetages.
3. Abschaffung des Prämienwesens in jeder Form.
4. Beobachtung des Gesetzes vom 31. Dezember 1913, das die Arbeitszeit in den Gruben auf höchstens acht Stunden festsetzt.
5. Maßregeln seitens der Behörden zwecks Reduzierung der Kosten der Lebenshaltung auf ein angemessenes Maß.

Die „Zeit Journal“ meldet, macht sich auch unter den Bergarbeitern des wichtigen Kohlenbeckens von Rhoyant eine lebhaftere Lohnbewegung infolge der steigenden Lebensmittelerhöhung und des beträchtlichen Hochstandes der Kohlenpreise bemerkbar. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen, ferner Regelung der Arbeitszeit gemäß den gesetzlichen Vorschriften und Mieterslässe.

Eingegangene Druckschriften.

Das Wirtschaftsgebiet Oesterreich-Ungarn. Von B. Umrath. Preis 80 Hl. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien.
 Ratgeber für Kriegervorfamilien, Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene. Zusammengefaßt von Erich Hoffmann. Preis 50 Hl. Herausgegeben vom Landesverband der Sozialdemokraten Bärntemberg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Schwäbische Tagewacht“, Stuttgart.
 Kriegserlöge. Zeitgemäße Fragen aus dem Gebiete des bürgerlichen Rechts und der Jugendvollziehung. Herausgegeben von Gerlach, a. D. Pöhl, Köln.
 The Hungarian Review. Heft 2. Selbstverlag. Budapest IV, Koronaherceg-Ulca 6.

A-WERTHEIM

G. m. b. H.

Wachststoffe

Baumwoll - Musseline	1.15	1.45
In großer Auswahl	Meter	
Krepon bedruckt, in neuen Mustern	1.45	1.85
Krepon einfarbig, in guter Qualität	1.15	1.40
Schleierstoff bedruckt, Blumenmuster nach Punkte	2.25	2.75
Woll-Musseline	Meter	2.10
Kräuselstoff (Frotte) ca. 110 cm breit, farblich, mit schmalen Streifen		2.85
Kräuselstoff (Frotte), weiß, in guter Qualität, ca. 110 cm breit		3.75
Popeline basinfarbig, ca. 120 cm breit, für Kostüme u. Röcke	3.60	3.90
Stickerstoff und Schleierstoffgrund, in großer Auswahl	3.90	7.50
Sticker-Kanten (Volants) ca. 110 cm breit, in neuen Ausführungen	4.25	9.50

Seidenstoffe

Taffel schwarz	1.65	1.90	2.30
Körperseide (Mer-voilouse) schwarz	1.85	2.25	2.90
Blusenstoffe	1.70	2.25	2.90
Blusenstoffe	1.90	2.25	3.25
Basiseide für Kleider u. Kostüme, ca. 80 cm breit			3.50
Basiseide für Kleider u. Kostüme, ca. 110 cm breit	4.75	5.50	
Kleiderseide gestr. und kariert, dopp. breit	4.25	bis	11.50
Diamant-Seide für Blusen u. Kleider, ca. 85 cm breit			4.90
Seiden-Kaschmir-Blusen u. Kleider, ca. 100 cm breit	6.25	7.25	
Taffel schwarz und farblich, doppelt breit	6.50	8	M.
Foulardseide für Kleider, etwa 100 cm breit			8.90

Kleiderstoffe

Kostüm-Stoffe etwa 130 cm breit, grau gestreift	6.50
Kostüm-Stoffe grau meliert, in schönen Sommerfarben	7.50 10.75
Kostüm-Stoffe einfarbig, 130 cm breit, Gardine in modernen Farben	15.25
Kostüm-Stoffe mittelfarb., 130 cm br., klein kariert und gestreift	11.75 14.50
Kostüm-Stoffe mariniert u. schwarz, in prakt. Geweben, etwa 130 cm br. Mis.	13.00 14.75

Blusen

Seidenblusen einfarbig in verschiedenen Formen	4.90
Seidene Blusen einfarbig und gemustert	6.90
Washblusen aus verschiedenen Ausführungen	3.90
Washblusen aus reichen Ausführungen	5.75
Washblusen aus verschiedenen gemusterten Stoffen	6.75

Damenkleider

Washkleider aus weißen und bunten Stoffen	9.50 19.50 bis	39 M.
Wollkleider verschiedene Stoffe und Ausführungen	29	39 M.
Seidenkleider farblich u. schwarz	35	49 M.
Jackenkleider aus Washstoffen	5.75 19.50	29 M.

Kleider-Röcke

aus Washstoffen, verschiedene Fassons
 3 M. 5.65 7.50 10.75 13.50

Morgenröcke

Morgenjackette aus Krepon mit einfarbigem oder buntem Besatz	2.95
Morgenjackette aus Baumwoll-Musselin, Gelschale mit Paspel und Knöpfen	3.90
Morgenjackette aus gelbem Baumwoll-Musselin mit gezogenem Taillenschluß	5.50
Morgenrock aus gepunktetem Baumwoll-Musselin mit Krogen	6.90
Morgenrock aus Krepon, verschiedene Formen	9.75
Morgenrock aus buntem Washstoff	15.50

Weißwaren

Nackenrüsche aus Batist	65 Pf.
Nackenrüsche aus Batist, mit Hohlsaum	85 Pf.
Faltenkragen gesteppt, aus Glasball, bestickt	1.00
Faltenkragen gesteppt, aus reich besticktem Glasball	1.40
Schulterkragen aus Tüll mit Schmanden, Tüllische und Bandschleier	1.65
Schulterkragen aus Tüllspitzen, halbfrei, mit Sammetbündel	2.90
Fidus aus Tüll mit gebändertem, breitem Volant	2.75

Reste und Abschnitte von Wash-, Woll- und Seiden-Stoffen

für Kleider, Blusen, Kinder-Kleider, Röcke

Schirme für Damen od. Herren

Regenschirme mit Futteral	3.90	Damen-Regenschirme Seide, in dunklen Farben	11.75
Regenschirme Glasseide, mit Futteral	5.90	Sonnenschirme Seide, einfarbig, mit Futteral	5.75
Regenschirme Seide, mit Futteral	6.75	Sonnenschirme Batist, weiß, reich bestickt	5.90
Regenschirme halbfrei, Surah, mit Futteral	7.50		

Tüllspitzen

für Nackenrüschen	Meter	65 Pf.	95 Pf.	1.35
für Pelerinen	Meter	1.75	2.50	3.50

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung, Sonnabend, den 24. Juni, vor- mittags 9 1/2 Uhr.

Das Haus ist sehr stark besetzt.

Am Ministertisch: Dr. Lenke, v. Loebe.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Geisler (3.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Das Steuerkompromiß.

Um die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Abgeordneten- hause, das die erhöhten Steuerzuschläge nur für ein Jahr bewilligen wollte, und dem Herrenhause, das die Bewilligung für die ganze Kriegsdauer vollziehen wollte, zu überbrücken, beantragen die bür- gerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen, die Steuerzuschläge bis zum Schluß des Haushaltsjahres 1917 zu bewilligen; weiter soll sich die Gültigkeit des Gesetzes um ein weiteres Etatsjahr ver- längern, wenn der Krieg am 1. April 1918 noch fort dauert und bis dahin ein neues Gesetz über die Steuerzuschläge nicht zustande- gekommen sein sollte.

Allgemeine Besprechung.

Finanzminister Dr. Lenke: Nachdem das Herrenhaus die Re- gierungsvorlage wiederhergestellt hat, muß auch ich den größten Wert auf ihre Wiederherstellung legen. Die Staatsfinanzen müssen gesund bleiben. Dazu muß das Abgeordnetenhaus auch ein Opfer seiner Ueberzeugung bringen. Ein Bedarf für die Zuschläge wird immer vorhanden sein. Für 1916 ist der Fehlbetrag 165 Millionen und wir werden in allen folgenden Jahren mit großen Fehlbeträgen zu rechnen haben. Angesichts dieser Verhältnisse darf das Gesetz nicht wegen einer Lappalie scheitern.

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist ein sehr eigenartiges Schauspiel, wie hier das Abgeord- netenhaus vor dem Herrenhaus zurückgewichen ist, zumal das Herrenhaus nur sehr wenig Entgegenkommen gezeigt hat. Herr v. Heydebrand hat doch selbst gesagt, daß jede Aenderung, die etwa das Herrenhaus vornehmen wollte, das ganze Gesetz gefährden könnte. Denn wenn es sich wirklich nur um Lappalien handelt, wie der Finanzminister sagt, warum hat man denn dann überhaupt diesen Konflikt heraufbeschworen? Das jetzige Vorgehen der bür- gerlichen Parteien ist sicherlich nicht geeignet, den Respekt des Herrenhauses und der Öffentlichkeit vor dem Abgeordnetenhaus zu erhöhen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und was soll denn die Hoffnung der Anträge? Welcher vernünftige Mensch glaubt denn, daß der Krieg noch ein Jahr dauert? Das Abgeord- netenhaus wollte mit aller Energie eine Befristung der Zu- schläge durchsetzen. Man wollte der Reichsregierung gegenüber den starken Mann spielen.

Das ist in den Berichten des Herrenhauses auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Der Einfluß auf die Reichsregierung sollte dahin geübt werden, eine starke Belastung der be- sitzenden Klassen zu vermeiden. Man will verhindern, daß die kolossalen Lasten gedeckt werden durch Heranziehung des aus kapitalistischen Mehrwert stammenden Einkommens und Vermögens der besitzenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich ja jetzt schon um eine jähr- liche Zinsenlast von mindestens 7 Milliarden Mark. Diese Kiesen- last wird natürlich nur zum geringsten Teil durch die neuen Steuer- gesetze gedeckt; die Kriegsgewinnsteuer ist ja nur eine einmalige. Die ungeheuren Opfer, die das Volk an Gut und Blut und, unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen, auch an Gesundheit zu bringen hat, dürfen nicht damit gelohnt werden, daß etwa dem Volke

ungeheure neue Lasten durch indirekte Steuern

aufgebürdet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihr ganzes Vorgehen hier bei der Steuervorlage ist aber diktiert von dem Willen, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig direkte Steuern auf die Besitzenden und dafür eine Unmasse indirekter Steuern auf die besitzlosen Volksklassen genötigt werden. Das wurde bei der Verhandlung Ende Mai ganz deutlich von Herrn v. Heydebrand ausgesprochen. Auf der einen Seite sollen die Volksmassen unge- heure Opfer bringen, auf der anderen Seite wird auf endlose Din- anschuldung des Krieges durch überspannte Kriegszielforderungen hingearbeitet, ich erinnere nur an das

bekanntes Tirpitz-Telegramm.

(Zehh. Rufe rechts: Zur Sache! Zur Sache!) Und diese Herren, die eine solche gemeinegährliche und volkschädigende Politik treiben, suchen sich bei den Steuern zu drücken. (Erneute Unterbrechungen rechts, Mahnung des Präsidenten zur Sache.) In England hat man 6 Milliarden an Steuern aufge- brocht und nicht alles auf Anleihe genommen, wie bei uns im Reich. In England wurden auch sehr erhebliche direkte Steuern eingeführt, bei uns aber will man nicht so vorgehen, damit die Kriegsbegeisterung der Besitzenden nicht gedämpft wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.) Wenn Sie sechs Milliarden zahlen sollten, wie in England, dann hätten wir schon morgen den Frieden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Resolution des Herrenhauses zeigt das Bestreben, eine einheitliche große Reichsfinanzreform zu verhindern und Widerstand dagegen zu leisten, daß die absolute Notwendigkeit erfüllt wird, das Verhält- nis der Finanzen der Einzelstaaten zu denen des Reiches von Grund auf zu ändern.

In der letzten Minute haben nun die Konservativen umgelernt und sich zu der Taktik der Herrenhäuser bequem. Sie glauben auch so, ihre materiellen Interessen am besten schützen zu können; wir machen dabei nicht mit. (Lachen rechts.) Wir sind schon pro- grammatisch für jährliche Steuerbewilligung. Wir haben auch gar keine Angst vor einem neuen Vorstoß der Konservativen nach Jahresfrist, solchen Vorstößen und Machenschaften sehen wir mit Seelenruhe entgegen. Sollte sich das Unerhörte ereignen und der Krieg wirklich noch ein Jahr dauern, dann werden im Deutschen Reich noch ganz andere politische Kämpfe am Werke sein, um zu verhindern, daß die Junkerschaft aufzuehrt in die Dalmatie schießt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen bei der Mehrheit.)

In der Presse sind auch noch andere Gründe für die Haltung der Konservativen genannt worden. Herr v. Heydebrand hat ja erklärt, wenn dem Abgeordnetenhaus die finanzielle Macht entzogen werde, so schwinde auch seine politische Macht, d. h. die der ausschlaggebenden Parteien. Die Konservativen wollen also durch ihre Taktik ihren Einfluß härten, um zu verhindern, daß z. B. in der Wahlrechtsfrage dem Volke Gerechtigkeit widerfährt. Kein halbwegs vernünftiger Mensch kann aber daran zweifeln, daß selbstverständlich die Zustände nach dem Kriege, der die Grundlagen der Klassenherrschaft erschüttert, Regierung und bürgerliche Gesellschaft zwingen werden, dem Proletariat Rechte einzuräumen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Rufe: Zur Sache!), nicht als Belohnung für Wohlver- halten (Rufe: Zur Sache!), sondern weil sie müssen, weil es nicht anders geht, weil die Macht des Proletariats zu groß sein wird und der Druck der Verhältnisse Sie dazu zwingt.

Wir stimmen gegen das Gesetz, weil es die Zuschläge schon bei 2400 M. Einkommen beginnen läßt, bei einem durch die Teue- rung noch viel geringer gemachten Einkommen. Die Einkommen- steuer dürfte erst beginnen, wo die Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Wir sehen auch kein absolutes Bedürfnis für die Vorlage, denn wenn im Reich die Hunderte von Milliarden Schulden aufgenommen werden, so ist es ganz wurscht, ob in Preußen auch noch eine halbe Milliarde mehr dazu kommt. Eine solche Gesetzmäßigkeit in

diesem Augenblick kann aber nur dazu dienen, um eine vernünftige Steuererhebung für das ganze Reich zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo- kraten.) Es kann auch noch ganz erheblich gespart werden an den Geheimansgaben, die wir früher als Korruptionsfonds gebrauch- markt haben. Es ist das eine ganz stattliche Summe von Millionen, und es könnten auch von den 45 Millionen für staatliche Förderung des offiziellen Christentums viele gespart werden, jenes offiziellen Christentums, in dem nicht der Geist des Christentums herrscht, sondern der des Blut- rausches. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Wider- spruch rechts.) Das Christentum hat gerade durch den Krieg und seine Schönheiten (lebhafter Rufe rechts: Zur Sache! — Der Prä- sident ruft den Redner zur Sache) seinen heillosen Zu- sammenbruch erlebt. Mögen Sie sich nur tapfer rückwärts langenziehen, wir verharren auf dem feinerzeitigen Beschluß des Abgeordnetenhauses. Wir treten konsequent ein für gerechte Be- lastung und Heranziehung der Reichen, die aus diesem Krieg neue Reichtümer schöpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollen die Kosten für diesen Krieg tragen, für den sie auch die Verantwortung zu tragen haben. Wir verlangen Abtunung der Volksrechte und nicht schlaue und vieldeutige Verprechungen, sondern Rat und Tat gerade auf steuerpolitischem Gebiete. Wir verlangen zum Wohle des deutschen Volkes, daß auf Grund einer vernünftigen Verständigung diesem heil- losen Völkergemehel möglichst rasch ein Ende ge- macht werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Die Besprechung ist ge- schlossen.

Abg. Frhr. v. Jellity und Neukirch (freikons.) erscheint auf der Rednertribüne und gibt durch ein Zeichen zu verstehen, daß er sprechen wolle. Abg. Ab. Hoffmann (Soz.) ruft wiederholt: Die Be- sprechung ist geschlossen! — Präsident: Das Wort hat der Abg. Frhr. v. Jellity. — Abg. Hoffmann (Soz.): Das werden wir uns merken!

Abg. Frhr. v. Jellity (H.): Die Besprechung war noch nicht ge- schlossen! — Das Haus wird nicht erwarten, daß ich die zum Fenster hinaus gemachten Ausführungen des Vorredners einer Entgegnung oder Betrachtung würdige. Die patriotischen Kreise stehen zu hoch dazu, das ganze Volk ist einig, Gut und Blut zu opfern, und die Be- sitzenden genau so wie die anderen. (Abg. Ab. Hoffmann: Aber vom Steuererlassen lassen sie nichts merken!) Ich lege weiter Verwahrung ein gegen die Ansicht des Vorredners, daß bei Fortdauer des Krieges die Grundlagen, auf denen dieses Haus ruht, erschüttert werden. Wir sind sicher: wenn der Krieg auch noch länger dauert, werden wir ihn siegreich durchhalten und die Grundlagen des Deutschen Reiches und Preußens werden unverrückt bleiben. Angesichts der im Reichstage zutage getretenen Bestrebungen erwidere ich uns als Pflicht, nun auch dem Staate zu geben, was des Staates ist. Unsere patriotische Pflicht gebietet, unsere Bedenken zurückzustellen und eine Verständigung mit dem Herrenhause herbeizuführen. Der Vor- redner verlangte mit Emphase eine stärkere Heranziehung des Be- sitzes, lehnt aber diese Vorlage ab, die eine solche Heranziehung in Preußen herbeiführt! (Sehr laut rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.) meldet sich zum Wort. — Der Präsident: Wir liegt ein Schlussantrag vor. — Der Schlussantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und einzelner Fort- schrittler angenommen. Darauf werden die einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage gegen die Sozialdemokraten und Polen ange- nommen. — Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Ströbel (Soz.): Wenn es mir auch verwehrt ist, jetzt noch auf die Rede des Abg. v. Jellity zu antworten, so stelle ich wenig- stens fest, daß er meine Ausführungen vollständig entstellend wiedergegeben hat, wenn er mir die Behauptung zuschiebt, daß durch eine längere Dauer des Krieges die Fundamente des Deutschen Reiches zerstört werden würden. Ich habe wörtlich gesagt, daß durch einen längeren Krieg die Fundamente des preußi- schen Abgeordnetenhauses und der preussischen Klassenherrschaft erschüttert werden würden. Nach meiner Auffassung kann die Kraft und Herrlichkeit des Deutschen Reiches um so besser aufrechterhalten werden, je mehr die Fundamente der Klassenherrschaft erschüttert werden und die besitzlosen Volks- massen das Recht haben, den Staat zu gestalten.

Abg. Frhr. v. Jellity erklärt, sich zum Worte gemeldet zu haben, ehe der Präsident die Besprechung für geschlossen erklärt hatte.

Präsident Graf Schwerin: Bisher war es üblich, daß, wenn mir die Schriftführer benachrichtigen, es habe sich ein Abgeordneter zum Wort gemeldet, ehe ich die Besprechung schloß, ich ihm noch das Wort erteile. Diesem Brauch werde ich auch weiter allen Mitgliedern dieses Hauses gegenüber gern folgen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich bitte um die Ermächti- gung, am nächsten Dienstag nach der Herrenhausitzung, wenn es erforderlich ist, eine neue Sitzung des Abgeordnetenhauses anzu- beräumen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich widerspreche und verlange, daß am Montag eine Sitzung abgehalten wird mit der Tagesordnung: „Die Ernährungsfragen.“ (Lachen rechts.) Da können Sie lachen? (Zurufe rechts: Heber Sie!) Es gehen Dinge vor in Preußen und in ganz Deutschland bezüglich der Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung, die es dringen notwendig machen, sie hier zu besprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit Verordnungen und Ver- tröstungen ist lange genug gearbeitet worden. Sie reden ja immer so viel von Verantwortung, denken Sie doch jetzt daran! Wir Sozialdemokraten können es nicht vor dem Lande verantworten, daß das Abgeordnetenhaus auseinandergeht, ohne den herrschenden Hunger im Lande hier zur Sprache gebracht zu haben. Es ist noch viel vorhanden, das dem Verbrauch zugeführt werden müßte. Die Beendigung der Notlage des Volkes wird erst nach Beendigung des Krieges möglich sein, aber Linderung ist auch jetzt mög- lich. (Der Präsident mahnt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn das Abgeordnetenhaus nur Steuern bewilligen, aber nicht die Zeit zur Beratung über die Teuerung finden würde. (Zuruf rechts: Es ist ja alles getan!) Ja, was denn? Die Behörden sollen doch endlich ihre Rechte ohne Ansehen der Person ausüben, das müßten Sie ihnen einprägen. Für die Zustände, die sich entwickeln, wenn das Haus auseinandergegangen ist, tragen Sie mit die Verantwortung, wenn Sie nicht hören wollen. Sie peitschen das Volk auf! (Großer Lärm rechts, Rufe: Unerhört! Verzückt!)

Abg. Windler (L.) weist als Vorsitzender der Budgetkommission auf die langen und ersten Beratungen des Abgeordnetenhauses über die Ernährungsfragen hin. Er ist überzeugt, daß diese und die Reichstagsverhandlungen gebührende Rücksicht finden werden und glaubt nicht, daß das unbedingt notwendige Vertrauen durch eine nochmalige Beratung gestärkt würde.

Abg. Dr. Vadnide (Op.): Man kann den Ueberlieferungen des Abg. Hoffmann entgegenzutreten und trotzdem den vollen Ernst der Ernährungsfragen würdigen; dem hat aber das Abgeordnetenhaus durch seine zweimalige gründliche Beratung Rechnung getragen, ebenso der Reichstag. Jetzt sind der Worte genug gewechselt, wir wollen vom Kriegsernährungsamt Taten sehen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Es haben sich seit den Beratungen des Abgeordnetenhauses und des Reichstags Dinge im Lande zugegetragen, die eine erneute Beratung gerade im Interesse der Erhaltung des Volkes und des Staatswesens erfordern. Daß wir nicht übertreiben, würde Ihnen unser Material beweisen. Was nützt das bisher Geschehene? Das Abgeordnetenhaus hat Zeit zum Steuerbewilli- gen und sogar zu tagelangen Debatten, wenn plötzlich einmal Herr Dr. Sahn hier ist, da wird doch auch ein Tag nötig sein, um

dem Hunger und Notstand des Volkes Rechnung zu tragen. Bedenken Sie das ab, so wundern Sie sich nicht, wenn das Volk seine Konsequenzen daraus zieht.

Abg. Dr. Friebberg (nalk.): Die Reden, die Herr Hoffmann und seine Freunde halten würden, dürften uns eher schaden, indem sie unsere Freunde müde machen könnten. Ohne Kommissionsberatung könnten wir das Hoffmannsche Material nicht nachprüfen. Seine Anregung ist daher also im wesentlichen eine agitatorische. (Leb- hafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Herold (3.): Niemand unterschätzt die Ernährungs- schwierigkeiten, aber das Haus hat seine Schuldigkeit getan, seine Anregungen bleiben in Geltung. Uebrigens wird der parlamen- tarische Beirat des Kriegsernährungsamts den ganzen Sommer über tagen.

Abg. Frhr. v. Jellity (H.): Die Reden des Abg. Hoffmann könnten nur den Eindruck erwecken, als seien wir nahe daran, dem Aushungerungskrieg zu unterliegen. Wichtige vaterländische Gründe verbieten ein derartiges Auftreten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Sie kommen immer wieder mit dem Ausland; wenn wir darauf hinweisen, daß noch Nahrungsmittel im Inlande vorhanden sind, so ist das das Gegenteil von dem was Sie behaupten. Wir wünschen nur, daß das Abgeordnetenhaus das Kriegsernährungsamt zu energischem Zugreifen

und zur Beschlagnahme der vorhandenen Lebensmittel antreibt. (Der Präsident mahnt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Sie wissen, daß... (Stürmisches Ohoh und Schlußrufe.) Wir wollen nicht lange Reden halten, son- dern nur einen Beschluß des Abgeordnetenhauses herbeiführen, daß der Ernährungsbeirat seine Pflicht energisch zu tun soll. Nicht unser Antrag ist agitatorisch, sondern Ihre Ab- lehnung wird es sein und viel mehr als Sie es sich vorstellen!

Der Antrag Hoffmann wird gegen die Stimmen der Sozial- demokraten abgelehnt, die verlangte Ermächtigung dem Präsi- denten erteilt.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr nachmittags.

Zur Geschichte des Zentralorgans der Partei.

II.

Der heutige Konflikt.

Sollte der schwerfällige Apparat des „Vorwärts“, der „Kom- promiß“, der, nach Auer, „wie die meisten Kompromisse nicht taugt“, tadellos funktionieren, dann war die Grundbedingung die Uebereinstimmung der beiden gleichberechtigten Faktoren, Partei- vorstand und Preßkommission, in den entscheidenden taktischen und prinzipiellen Fragen. Solange die Meinungen bloß über die Ver- fassung eines Expedienten oder die Höhe eines Redaktionsgebührens aus- einandergingen, war's nicht schlimm. Da war der Streitgegenstand leicht durch die Kontrollkommission zu beseitigen, wenn die ersten Instanzen sich nicht zu einigen vermochten. Dagegen wuchsen die Schwierigkeiten rapid, sobald sich tiefgehende, dauernde Gegenfälle aufstauten, die jeden Tag von neuem ihren Ausdruck im Blatte fanden. Die überkommene Regelung hörte nun auf, sich „ausge- zeichnet zu bewähren“.

Wie sich unter diesen Umständen das Verhältnis des Partei- vorstandes zur Redaktion sowie zur Berliner Preßkommission des „Vorwärts“ gestaltete, das zu schildern fällt nicht in den Rahmen der vorliegenden historischen Arbeit. Ich darf annehmen, daß meinen Lesern diese unerfreulichen Dinge bekannt genug sind. Ich hätte zu dem, was im „Vorwärts“ selbst darüber veröffentlicht wurde, nichts hinzuzufügen.

Nur einige Gesichtspunkte seien kurz angedeutet, die sich aus der Anwendung der bisherigen historischen Erfahrungen mit dem Zentralorgan auf die heutige Situation ergeben.

Wir haben gesehen, wie Bebel in Jena 1905 zeigte, das be- stehende Verhältnis zwischen „Vorwärts“ und Parteivorstand sei unter anderem dadurch zu einem halbhabaren gemacht worden, daß der Vorstand in den großen Streitfragen der Partei „niemals den ge- ringsten Versuch gemacht hat, die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu beeinflussen“, und daß die Berliner Genossen „volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammenfassung der Redaktion und der Haltung des Blattes“ hätten.

Man sollte annehmen, daß dies in der jetzigen heißen Situation mehr als je hätte die Richtung der Parteivorstandes bilden müssen. Die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ im Kriege mochte dem jetzigen Vorstand noch so unbequem sein; jeder Versuch, Redaktion und Preßkommission durch andere Mittel als die der Ueberredung und gütlicher Vorstellungen zu beeinflussen; jeder Versuch, eine Aenderung durch Gewaltmittel zu erzwingen, müßte sofort zu völlig unhaltbaren Zuständen führen, die schlimmer wurden als das Uebel, das nach der Ansicht des Vorstandes die Haltung des „Vorwärts“ darstellte.

Gewiß verdient keine Behörde, auch keine demokratische, gern auf ein Nachmittel. Auch die Auer und Bebel hätten den „Vor- wärts“ am liebsten als ausschließliches Organ der Gesamtpartei, da- mit auch des Parteivorstandes, gesehen. Und sie hätten bei dem Streben, diesen Zustand zu erhalten, auf die große Mehrheit der Gesamtpartei zählen können, für die die lokalen Bedürfnisse der Berliner Genossen nicht entscheidend waren. Trotzdem haben sie diesen im Laufe eines Jahrzehnts immer mehr Einfluß auf das Zentralorgan, ja schließlich völlige Gleichberechtigung mit dem Parteivorstand eingeräumt. Das erklärt sich nicht aus der über- großen Schwächlichkeit des früheren Vorstandes, sondern aus seiner klaren Erkenntnis der Dinge. Er wußte, daß die materielle Grund- lage des „Vorwärts“ nicht aus seiner Eigenschaft als Zentralorgan, sondern aus der als Lokalorgan herrührte, daß das Gedeihen des Blattes abhing von dem Interesse, das die Berliner Organisation dafür hatte.

Er wußte aber auch, daß die Berliner seit dem Aufhören des Sozialistengesetzes dem Parteivorstand gegenüber nie so einig waren wie dann, wenn es sich um die Rechte auf den „Vorwärts“ handelte. Wohl fanden sich die Differenzen, die innerhalb der Partei bestanden, auch in Berlin. Und die Mehrheit der Berliner Genossen neigte seit dem Niedergang der Bewegung der „Jungen“ bis in die letzten Jahre in den meisten Fällen zum Parteivorstand. Trotzdem stellten sich die Berliner stets, auch in den Zeiten größter Ueberein- stimmung mit ihm, geschlossen oder in der überwiegenden Mehr- heit in Gegensatz zu ihm, sobald es galt, die Rechte ihrer Preß- kommission zu wahren.

Der frühere Vorstand wußte also sehr wohl, was er tat, wenn er auch in den Zeiten seines größten Ansehens in der Partei es nie darauf ankommen ließ, den Berliner Genossen in Sachen des „Vor- wärts“ seinen Willen aufzuzwingen. Er zog es stets vor, sich mit ihnen zu verständigen. Jede andere Art des Vorgehens hätte ent- weder scheitern oder der Partei den schwersten Schaden zufügen müssen.

Der jetzige Parteivorstand hat, indem er anders handelte, etwas unternommen, was die Auer, Bebel, Singer nie gewagt hätten. Und dabei hat er seinen Kampf gegen die Opposition in Berlin auf jenes Gebiet verlegt, auf dem sie am härtesten ist. Liegt dem Vorgehen des Vorstandes der bestimmte Plan einer Neuorganisation zugrunde, der er so stehhafte Kraft zutraut, daß er glaube, den Konflikt trotz aller Schwierigkeiten riskieren zu dürfen? Will der Vorstand dem „Vorwärts“ den Charakter des Zentralorgans nehmen?

Wir haben gesehen, daß Ähnliches sich schon einmal ereignete. Unter dem Sozialistengesetz war durch den Wädener Kongress 1880 der „Sozialdemokrat“ zum offiziellen Parteiorgan erklärt worden, die Fraktion und Parteileitung hatte ihm 1888 diesen Charakter aberkannt, ohne einen Parteitag zu befragen. Aber dafür waren nicht politische Gründe maßgebend gewesen, sondern zwingende juristische, die heute fehlen. Auch diejenigen, die eine solche Regelung wünschen, können sich nicht einfach über einen Parteitagbeschluss hinwegsetzen. Sollte der Vorstand sich doch für geboten und gerechtfertigt erachten, würde er aber damit kaum die Berliner Genossen sehr erschrecken, die eine derartige Regelung schon lange für zweckmäßig hielten. Die Redaktion, ihre Frische und Freudigkeit und damit das Blatt, seine Lebhaftigkeit und Aktualität sowie sein Leserkreis würden dabei gewinnen. Wären redaktionelle Erwägungen allein entscheidend, dann hätte die „unglückliche Doppelnatur“ schon längst ein Ende nehmen müssen.

Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß der Vorstand diese Maßnahme sucht.

Was aber dann? Hat der Vorstand vielleicht die entgegen-gesetzte Lösung ins Auge gefaßt, die ausschließliche Verfügung über das Blatt zu erringen, den Berliner Genossen eine Redaktion nach seinem Herzen aufzugeben? Damit würde er nichts gewinnen! Der „Vorwärts“ ist nur lebensfähig durch die Berliner Genossen und nicht als Organ des Kampfes gegen sie. Siegte der Vorstand bei seinem Streben nach Eroberung des „Vorwärts“, so geriete er in die Lage des Mannes, der in einem Prozeß um ein Gut am Meere Hunderttausende veräußert hat, um, nachdem er ihn gewonnen, zu entdecken, daß das Streitobjekt von einer Sturmflut hinweggeschwemmt worden sei.

Wir können nicht annehmen, daß der Parteivorstand eine derartige Politik plant.

Aber andererseits muß er sich doch sagen, daß der augenblickliche Zustand unhaltbar ist. Je länger er dauert, desto mehr bedroht er die Partei mit den schlimmsten Gefahren, indem er Wasser auf die Mühle derjenigen treibt, die an der Partei in ihrer jetzigen Form verzweifeln und daher Parteistucht und Spaltung propagieren. Man erinnere sich daran, daß die inneren Konflikte und Spaltungen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fortwährend, solange Schweiger die Einheit erzwingen wollte.

Nicht die Spaltung der Fraktion, sondern der „Vorwärts“-Konflikt birgt die schlimmsten Gefahren für den organisatorischen Zusammen-schluss der Partei in sich.

Aus der Partei.

Zum Beschluss der Landeskommission.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt zu der Stellungnahme der preussischen Landeskommission:

„So hat also Leinert!“ erreicht, was er wollte, so ist geschehen, was wir schon auf Grund seines Auftritts an die preussischen Genossen kommen sahen. Die Mehrheit schreitet von Gewaltstreik zu Gewaltstreik — sie scheint ihre Aufgabe darin zu sehen, die Opposition bis aufs Blut zu reizen. Fast könnte man auf die Vermutung kommen, daß die Absicht ist, die Berliner Genossen zu unüberlegten Schritten zu provozieren. Wir hoffen indes, daß eine solche Spekulation ohne Erfolg sein würde, daß die Berliner Genossen kaltes Blut und ruhige Ueberlegung bewahren werden.

Daß der Beschluss der Landeskommission ein frecher, durch nichts gerechtfertigter Bruch des preussischen Organisationsstatuts ist, darüber wird man unter ehrlichen Leuten kein Wort weiter zu verlieren brauchen. Daß eine Verpflichtung vorläge, während des Krieges keine Neuwahlen in den Organisationen vorzunehmen, ist ganz unzutreffend. Viele Organisationen haben das aus Zweckmäßigkeitsgründen zu Anfang des Krieges beschlossen. Damals rechnete man aber nicht mit einer längeren Dauer des Krieges. Nachdem er jetzt bald zwei Jahre gedauert hat und noch keine Aussicht auf seine Beendigung zeigt, hat sich dieser Beschluss in jenen Organisationen, wo sich ein Zwiespalt zwischen der Auffassung der Mehrheit der Mitglieder und ihren Vorständen herausbildete, als unhaltbar erwiesen. Nachdem einmal der Burgfriede in der Partei aufgehoben war — aufgehoben werden mußte —, konnte auch der Beschluss, während des Krieges keine Neuwahlen vorzunehmen, dort nicht mehr gehalten werden, wo Mitglieder Mehrheit und Vorstand zu verschiedenen Auffassungen kamen. Das Recht der Mitglieder, die Genossen, die ihr Vertrauen nicht mehr haben, aus ihren Ämtern abzurufen und andere Vertrauenspersonen zu wählen, ist nicht zu bestreiten. Der Hinweis auf die Abwesenheit der Genossen im Felde kann dabei nicht verlangen. Die Tathelmsgeborenen haben die Pflicht, während der Abwesenheit der Eingezogenen die Parteiorganisationen nach ihrem besten Wissen zu verwalten, und können nicht, weil es Krieg ist und nicht alle Mitglieder an den Entscheidungen mitwirken können, ruhig zusehen, daß die Kräfte der Organisationen in einer Weise angewendet werden, die sie für schädlich halten. Wenn der Parteivorstand und seine Gefolgschaft das wahre Interesse der Partei im Auge hätten, so müßten sie ein solches Vorgehen der Organisationen fördern, statt ihm entgegenzutreten, damit in dieser Zeit, da ein Parteitag nicht in möglich ist, das Kräfteverhältnis der verschiedenen Richtungen in der Partei wenigstens annähernd in der Gestaltung der Wahlkreisorganisationen zum Ausdruck käme. Aber der jetzige Parteivorstand zieht die Vogelstraußpolitik vor und die preussische Landeskommission folgt seinem erleuchteten Beispiel.

Praktisch hat die Sache insofern gar nicht einmal allzuviel Bedeutung, da die Befugnisse des Geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission sehr beschränkt sind; sie kann nur ausführen, was die Kommission ihr vorgezeichnet und sie muß zudem stets im Einvernehmen mit dem Parteivorstand handeln. Um so unverständlicher ist der Schritt der Landeskommission, wenn man nicht die Absicht unterstellt, der Opposition eins zu versehen, sie zu reizen und zu erbittern.

Uebrigens häßelt dem Beschluss der Kommission eine Unklarheit an. Bedeutet er nur, daß der Geschäftsführende Ausschuss der Organisation Groß-Berlin nicht das Amt des Geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission führen soll, oder bedeutet er gar, daß die Vertreter der Berliner Genossen zur Landeskommission überhaupt nicht zugelassen werden sollen? Die Kommission muß schon die Güte haben, sich darüber unmissverständlich auszusprechen!

Unverantwortlich und verderblich bleibt der Beschluss auf alle Fälle, mag er nun weiter oder enger ausgelegt werden. Der Grundsat der Demokratie, daß die Mitglieder der Organisationen zu bestimmen haben, wird von der Kommission auf den Müllhaufen geworfen. Die Deputierten der Mitgliedschaften stellen sich über deren Beschlüsse; daß sie damit den Sockel zerstören, auf dem sie selbst stehen, sehen die Leinert und Genossen nicht.

Die Dinge werden in der tollsten Weise auf den Kopf gestellt. Der abgelehnte Kreisverband von Kettow, Weeslow stellt sich über die Generalversammlung und macht sich an, gegen die erdrückende Mehrheit der Mitglieder weiter zu amtieren; die Landeskommission der preussischen Organisation stößt strupplos das Statut um, weil ihr die Erwählten der Berliner Genossen nicht passen. Wir haben es weit gebracht.

Eine Erinnerung aus der Parteigeschichte zeigt uns auf. In der Zeit des Attentatsverbrechens brachte die Parteipresse Tag für Tag die Warnung: Genossen, laßt euch nicht provozieren! Die Reaktion will scheitern! Man kommt in die Versuchung, diese Mah-

nung heute also zu barrieren: Genossen, laßt euch nicht provo-

zieren! Die „Reinheit“ will sprengen!

Die Chemnitzer „Volksstimme“ bemerkt zu dem Bes-

chluss: „Es wird sich nun fragen, ob die Berliner Parteigenossen sich damit abfinden, lediglich für Berlin einen neuen Vorstand zu wählen und für Preußen den alten Geschäftsführenden Ausschuss im Amte zu lassen, oder ob sie darauf beharren, auch an diese Stelle Rinderheilsleute zu schieben. Im letzteren Falle würde zweifellos eine Spaltung in der preussischen Landesorganisation herbeigeführt werden.“

Die „Sozialdemokratische Feldpost“.

Von einem im Osten stehenden Parteigenossen und Gewerkschafts-angestellten erhalten wir zu der neuesten Gründung der I. K.-Leute und ihrer Wintermänner eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Sozialdemokratische Feldpost“ — so betitelt sich eine neue alle 14 Tage erscheinende Zeitung, herausgegeben von A. Baummeister. Ihr Leitmotiv ist in Nr. 1, Spalte 8, in folgenden Sätzen niedergelegt: „Statt dessen wollen wir allen Genossen im Felde, die ihr altes Organisationsideal noch nicht über Bord geworfen, eine sachliche Informationsquelle über die Vorgänge in der Heimat bieten. Soweit unsere schwachen Kräfte reichen, wollen wir in möglichst objektiver Weise den Standpunkt der deutschen Arbeiter dortan. Sowohl zu den augenblicklichen Streitfragen wie auch zu den sonstigen wichtigen Fragen der nächsten Zukunft.“

Die beiden ersten Nummern bringen und aber eine große Enttäuschung. Denn die „Objektivität“ besteht in einer tendenziösen und fanatisch einseitigen Verteidigung der Politik der Fraktionsmehrheit.

Die altbekannte Methode, Ansprüche von unseren Vorkämpfern und Führern, Engels, Marx, Lassalle, Bebel und Liebknecht usw. aus dem Zusammenhang zu reißen, erscheint auch hier wieder, um die Richtigkeit der Mehrheitspolitik zu beweisen. Es muß doch schwach bestellt sein um diese Politik, wenn immer wieder ein und dasselbe aufgeführt wird. Ganz abgesehen davon, daß man mit Ausprüchen dergleichen Führer das Gegenteil beweisen könnte, besonders mit dem vom Parteivorstand, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der deutsch-österreichischen Reichsratsfraktion veröffentlichten Aufrufen in den letzten Julitagen 1914.

Die Opposition, die versucht, diese Widersprüche aufzudecken, in Konsequenz der Parteitagbeschlüsse und der Beschlüsse der internationalen Kongresse, und ihr Handeln danach zu richten, wird in geradezu herabwürdigender und beleidigender Weise behandelt und letzten Endes werden ihr in der Baummeisterischen „sachlichen Informationsquelle“ noch unehrliche Motive untergeschoben.

Die folgenden Sätze (Nr. 1 Seite 2 der „Soziald. Feldpost“) illustrieren das recht treffend:

„Die Artikel hat aber auch Formen angenommen, die unserer Sache zur Schande gereichen. In Bild und Wort, offen und anonym, werden die Andersdenkenden bespottet, beschimpft, werden die niedrigsten Instinkte gegen sie wachgerufen. Auf demselben Wege will man die Frauen in der Heimat, die Soldaten im Felde zu unüberlegten Handlungen hinreizen, die zwar manche Familie in noch größerem namenloses Unglück stürzen, an dem heutigen Zustand aber nichts ändern können. Besonders wenn man nicht beabsichtigt, damit die Pläne der heutigen Feinde unseres Volkes fördern zu wollen. Deren einzige Hoffnung beruht nur noch auf dem Glauben, daß in Deutschland innere Wirren ausbrechen und dadurch der Sieg des Viererbundes möglich werde.“

Solche Schreibweise ist eine Schande, um mit der „Soziald. Feldpost“ zu sprechen, für unsere Sache. Das ist nichts weiter als eine glatte Demagogie wegen Landesverrat. Wahrscheinlich eine saubere Informationsquelle, diese „S. F.“

Das ist nur eines der vielen Beispiele, aus den beiden Nummern zeigt aber wie man parteisüchtig wirkt und was man weiter von dieser „Zeitung“ zu erwarten hat.

Wem es Ernstens sollte die Aufgabe der „Soziald. Feldpost“ die sein, in ruhiger, sachlicher aber grundsätzlicher Weise den Ursachen der Parteiwirren nachzuforschen, gestützt auf unser Parteiprogramm, den Parteitagbeschlüssen und den Beschlüssen der internationalen Kongresse, entsprechende Richtlinien zeigen für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln, um dadurch den Genossen im Felde lehrreichen Stoff zu bieten, der sie noch inniger mit dem Sozialismus (nicht allein mit der rein äußerlichen Organisationsform) verknüpft.

Meint es die „Soziald. Feldpost“ tatsächlich ernst, als „sachliche Informationsquelle“ zu erscheinen, dann müssen auch beide Richtungen zu Worte kommen, dann muß sie allen Parteigenossen im Felde, bei den Kommandos und in der Garnisonzugestellt werden, soweit sie ihre Adressen angeben.

Für die denkenden und gesuchten Parteigenossen, sie mögen denken über die Parteiwirren wie sie wollen, steht das eine fest: mit der Schreibweise der „Sozialdemokratischen Feldpost“ als „neues sachliches Informationsorgan für die gesamte Partei“ bestiert man nichts, sondern schädigt die Partei nur noch mehr. Die annehmbareren Arbeiten, wie beispielsweise die Berichte über den Stand der Gewerkschaften usw., vermögen den schlechten Teil nicht auszugleichen.

Der Gedanke einer „Sozialdemokratischen Feldpost“ ist wohl gut, doch die Mittel, die zum Ziele führen sollen, sind schlecht und richten noch mehr Irrungen und Verwirrungen an. Nicht das Trennende, sondern das Einigende sollte das Leitmotiv sein.“

Abgelehntes Stadtratsmandat.

Wir berichteten vor kurzem, daß in Eibing Genosse Peter als Stadtrat gewählt worden sei. Große Ueberraschung verursachte es daher, als die „Eibinger Zeitung“ kurz darauf die Mitteilung brachte, daß Peter seine Wahl zum Magistratsmitglied abgelehnt habe mit der Begründung, daß sich seine Ansichten in der Ernährungsfrage nicht mit denen seiner Genossen decken.

Unser heutiges Parteiorgan, die „Danziger Volks-wacht“, bemerkt zu dieser Mandatsniederlegung, daß es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen den übrigen sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern und Peter nicht handelt. Wichtig sei allerdings, daß er in der Preisprüfungsstelle gegen die Einführung der Fleischkarte gewirkt hat. Peter hat inzwischen sämtliche Ämter in der Partei und auch sein Stadtratsmandat niedergelegt.

Aus den Organisationen.

In einer Funktionärstagung des 1. weimarschen Wahlkreises wurde zunächst der Jahresbericht erörtert. Der Abgeordnete des Kreises, Gen. Landert, der zur Minorität der sozialdemokratischen Fraktion gehört, referierte sodann über die Stellung der Fraktion zu den schwebenden Fragen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Konferenz des Sozialdemokratischen Vereines im ersten weimarschen Reichstagswahlkreise spricht sich mit Entschiedenheit für die Erhaltung der Geschlossenheit unserer politischen Organisation aus. Sie verurteilt deshalb die zerstörenden Bestrebungen, die mit der Sperrung der Beiträge an den Parteivorstand in die Erscheinung treten.“

Da über die taktische und prinzipielle Haltung der Reichstagsfraktion — soweit sie die Stellungnahme zu den Kriegskrediten und damit zur Kriegführung selbst betrifft — erst ein Parteitag die Entscheidung fällen kann, lehnt die Konferenz es ab, eine Sorentscheidung in dieser Frage zu treffen; sie gibt aber zu erkennen, daß sie mit der Faltung ihres Abgeordneten in diesen Fragen einverstanden ist.

Weiter erklärt sich die Konferenz einverstanden mit der vom geschäftsführenden Bezirksvorstand getroffenen Entscheidung, insbesondere in der Frage, die ein den Gesamtinteressen der Partei und der Arbeiterklasse mehr förderndes gedeihliches Nebeneinanderarbeiten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstagsforde. Es ist mehr denn je alles zu vermeiden, was zu einer weite-

ren Trennung führt. Das sollte allen in verantwortungsvollen

Posten stehenden Genossen zur ersten Pflicht dienen.“

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der 13. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagte in der vergangenen Woche in der Stadthalle zu Hannover.

Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

referierte Heinrich Kaufmann - Hamburg.

Die Entwicklung der Konsumvereine hat schöne Erfolge gezeitigt. In diesem ersten vollen Kriegsjahre ist die Zahl der Mitglieder unserer Konsumgenossenschaften von 1718 000 auf 1 850 000 oder um 132 000 Familien gestiegen. Der Zuwachs ist ein erheblicher größerer als in dem dem Kriege vorhergehenden Friedensjahre. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften im eigenen Geschäft im Betrage von rund 500 Millionen Mark hat sich auf gleicher Höhe erhalten, obwohl etwa eine Million der kräftigsten Konsumenten ihre Familien entzogen sind. Der Ausgleich ist zum Teil durch die höheren Preise gebracht worden, die jedoch im ersten Kriegsjahr nicht unendlich niedriger waren, als es gegenwärtig der Fall ist. Zum Teil brachte den Ausgleich die erwähnte Mitgliederzunahme und die genossenschaftliche Treue der Hausfrauen, die es vor allen Dingen als ihre Pflicht erachtet haben, in dieser schweren Zeit ganz besonders dem gemeinsamen Werke treu zu bleiben. Deutschland steht in der Entwicklung der Genossenschaften an erster Stelle, sie hat sich bei uns glänzend gestaltet. Eine lebhafteste Zunahme zeigen die in eigener Produktion hergestellten Waren, deren Wert von 108 Millionen Mark auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Auch die Kapitalkraft der Konsumvereine zeigt eine erfreuliche Steigerung, doch ist das allergrößte Gewicht darauf zu legen, daß sie mit dem steigenden Kapitalbedarf Schritt hielt.

Um den Mitgliedern die Durchführung der Verzählung zu ermöglichen und sie zu veranlassen, sich eine wirtschaftliche Reserve für Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und der Not zu bilden, haben alle unsere Konsumvereine Sparkassen eingerichtet. Die Sparkassen sind bereits in den letzten Friedensjahren sprunghaft hingewachsen. Im Jahre 1908 betrug die Sparkasseneinlagen einschließlich der Hausanteile 7,7 Millionen Mark, im Jahre 1909 21 Millionen Mark, im Jahre 1913 73 Millionen Mark und im Jahre 1914 88 Millionen Mark. Es bestand die nicht unangebrachte Befürchtung, daß die Kriegnot zu einer erheblichen Verminderung der Sparkasseneinlagen führen würde. Das ist erfreulicherweise nicht der Fall gewesen. Im ersten Kriegsjahre haben sich die Sparkasseneinlagen der Mitglieder unserer Konsumvereine von 86 Millionen Mark auf 91 Millionen Mark erhöht.

Eine zweite, verhältnismäßig kleine Gruppe der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Organisationen bilden die Arbeits- und sonstigen Genossenschaften. Zur Statistik berichteten 31 dieser Genossenschaften mit 10 000 Mitgliedern. Der Wert der von diesen Genossenschaften produzierten Waren stieg von 11 Millionen Mark auf 13 1/2 Millionen Mark.

Die Zahl der gesamten deutschen Genossenschaftsmitglieder beträgt 2 600 000. Bei weitem die größte Kraft an Mitgliedern und Umsatz zeigt der Zentralverband deutscher Konsumvereine. Der Gesamtumsatz aller Genossenschaften dürfte auf 750 Millionen Mark zu schätzen sein.

Im einzelnen zeigt nun Kaufmann die Entwicklung, wie wir sie schon in unserem Vorbericht kurz besprochen haben, dabei noch-mals besonders den Wert der Eigenproduktion betont. Die Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat trotz der überaus großen Schwierigkeiten, die gerade dem zentralen Warenverkehr erwachsen sind, und trotz des Umstandes, daß viele Waren von den Reichsgesellschaften unter Ausschaltung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bewirtschaftet worden sind, nur einen Rückgang von 157 Millionen Mark auf 153 Millionen Mark erfahren. Der Rinderumsatz beträgt also nur 4 Millionen Mark, während der Umsatzaufschlag an Roggen- und Weizenmehl, Getreide- und Futtermittel 27 1/2 Millionen Mark, an Reis, Hülsenfrüchten, Mandeln und Nüssen über 2 Millionen Mark und an Petroleum über 3 1/2 Millionen Mark betrug. Alles in allem sind die Umsätze auf über 85 Millionen Mark zu schätzen. Der Wert der in den eigenen Produktionsbetrieben der Groß-einkaufsgesellschaft hergestellten Waren stieg von 10,5 Millionen Mark auf 19 Millionen Mark. Die Ertrübrigung betrug 1,7 Millionen Mark, gegen 2,2 Millionen Mark im Vor-jahre.

Ueber die Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine ist zu berichten, daß sie einen keinen Rückgang des Umsatzes von 3,5 Millionen Mark auf 3,2 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Der Rückgang erklärt sich zum Teil aus der Einschränkung des Bedarfs an Druck-sachen aller Art, zum Teil kommen jedoch auch andere Umstände in Frage, die überwindbar sind und überwunden werden müssen.

Herr Kaufmann kommt dann auf die neue Organisation des Kriegs-ernährungsamtes zu sprechen, in das Genosse Dr. Müller berufen ist; er ist für diese Zeit von der Leitung der Geschäfte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entbunden worden. In der Berufung unseres Vorstandsmitgliedes Dr. Müller an das Kriegs-ernährungsamt begrüßen wir neben der Anerkennung seiner persönlichen hingebenden Arbeit und Tüchtigkeit zugleich auch eine Anerkennung der Organisation des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Es wird die Aufgabe der Genossenschaft sein, Dr. Müller in seiner Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen, indem sie ihn über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiete der Nahrungs-mittelversorgung des Volkes, die fortwährend zu sammeln und zu beobachten sind, durch Berichte an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine informieren. Auch alle Fälle, in denen die Mitwirkung der Konsumvereine bei der Nahrungsmittelversorgung in unzureichender Weise auszufallen versucht wird, sind zur Kenntnis des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu bringen. So müssen wir alle zusammenarbeiten, um eine Wirtschaftsprüfung für den Frieden vorzubereiten. Wir sind es, die dabei in erster Linie mitzuarbeiten haben. Wir haben große Auf-gaben dabei zu lösen. Ueberflüssige Schädlinge, Spekulanten aller Art sind zu bekämpfen und auszuschalten, mehr als je ist dafür zu sorgen, daß die Herstellung und Verteilung der Waren nicht in Hände kommt, die die Not des Volkes noch größer machen.

Kriegsmaßnahmen des Zentralverbandes

spricht Dr. Müller. Er bittet, nicht als Vertreter des Kriegs-ernährungsamtes zu gelten, da diese Institution erst neu sei und es sich heute nicht darum handelt, was geschehen werde, sondern was geschehen ist. Unsere Ein- und Ausfuhr, die 21 Milliarden betrug, ist lahmgelegt, ungeheure Einkommensverschiebungen haben stattgefunden. Unsere Volksernährung ist dadurch um 16 Proz. an Nahrungs-mitteln schlechter gestellt, dabei kommen Mengen in Frage wie 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 500 000 Tonnen Futtermittel, 500 000 Tonnen Kolonialwaren usw. Das schlechte Erntejahr 1915 hat die hinter uns liegenden Schwierigkeiten noch vergrößert. Diejenigen von uns, die um die Dinge mühen, haben schwer unter dem Druck dieser Tatsache gelitten. Jeder wird das nachfühlen können. Allein 9 Millionen Tonnen an Getreide sind 1915 weniger geerntet worden als 1913. In ausführlicher Weise schildert Dr. Müller die verschiedensten Schwierigkeiten, die sich durch das Fehlen von Fett, Futtermitteln, Oelen usw. ergeben. Unsere Ernährungs-politik muß sich auf diese Dinge einrichten, sich mehr auf das vegetabile Gebiet wenden, bis wir wieder normale Verhältnisse haben. Inwiefern der Zentralverband deutscher Konsumvereine an der gesetzlichen Regelung der verschiedensten Reformen beteiligt ist, nahm einen weiteren Teil des Referats in Anspruch.

Zum Schluss meint Dr. Müller, seine Stellung im Kriegs-ernährungsamt sei nicht als Vertreter der Konsumvereine aufzufassen, sondern er habe die Aufgabe, die Gesamtinteressen sichern zu

*) Leinert hat in einem Leitartikel im „Dannoverschen Volks-willen“ auf die Bedeutung der Berliner Wahlen hingewiesen, da der geschäftsführende Ausschuss für Berlin zugleich der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission sei. Er hielt es daher für notwendig, darzulegen, in welcher Weise dieser Ausschuss zustandekommt. Er fordert dann eine Entscheidung der Landeskommission, ob die neugewählten Männer das Vertrauen der Landeskommission besitzen können und legt dann weiter dar, daß über die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses nur der jeweilige Ausschuss dem preussischen Parteitag Rechenschaft geben kann. D. R.

helfen. Geseuillicherweise solle das Interesse der Genossenschaftsmitglieder mit denen der Gesamtheit zusammen.

Zur Sicherung der Volksernährung legt der Referent folgende Resolution vor, deren einzelne Abfätze er noch kurz erörtert:

1. Eine gleichmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel für arm und reich, für Stadt und Land unter Anwendung des Nationalen Systems, jedoch unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse, welche Schwerarbeiter und Armerreiche Familien in Industrie und Landwirtschaft an die Ernährung zu stellen genötigt sind.

2. Bei aller Anerkennung der Wichtigkeit des Grundfahes, daß die Anregung und Förderung der Nahrungs- mittelproduktion entscheidende Bedeutung besitzt, Durchführung einer Preispolitik, die von den Produktionskosten ihren Ausgangspunkt nimmt und sich bemüht, die Erzielung besonderer Kriegskonjunkturgewinne in allen Stadien der Warenherstellung und -verteilung zu verhindern.

3. Vereinfachung von Mitteln seitens des Reiches und der Einzelstaaten zu dem Zwecke, den unbemittelten Volksschichten und den durch den Krieg besonders hart getroffenen Berufsgruppen eine ausreichende Ernährung auch auf Grund der Kriegspreise zu ermöglichen.

4. Zweckmäßige, sparsame Verteilung der Nahrungsmittel und uneingeschränkte Durchführung des Grundfahes, daß hierbei die Konsumgenossenschaften nach der Tragweite ihrer Mitgliederzahl und ihres normalen Umsatzes zu berücksichtigen sind. Anerkennung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in M. B. S. in Hamburg, die in allen Bezirken Deutschlands eigene Niederlassungen und Fabriken unterhält, als gegebene Vermittlerin zwischen den Konsumvereinen und den Kriegsgesellschaften, Kommunalverbänden und anderen Verteilungstellen.

5. Verhinderung einer Preisgestaltung durch die Kommunalverbände und Gemeinden — wie z. B. bei der Verteilung von Zucker und Teigwaren in diesen Bezirken —, die wie eine indirekte Besteuerung zum Zwecke der Schaffung von Mitteln für andere, nicht mit der Lebensmittelversorgung im Zusammenhang stehende Aufgaben wirkt.

6. Entschiedenste Bekämpfung aller Formen von Lebensmittelwucher, Kettenhandel und ähnlichen Schwindelbetrieben, sowie scharfe Heberwachung der Erzeugungsmittelherstellung und Beseitigung des unlauteren Gepflogenheiten und der lückerigen Preise, die auf diesem Gebiete herrschen.

7. Besserer Ausgleich der Lebensmittelvorräte zwischen Erzeuger- und Verbrauchergebieten und Beseitigung aller sonstigen Ausführverbote in Deutschland, die keinen anderen Zweck haben, als einzelnen Bezirken oder Staaten eine billigere und ausreichendere Ernährung zu ermöglichen.

Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes begrüßt der Genossenschaftstag. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß durch seine Tätigkeit unsere gesamte Nahrungsmittelwirtschaft in bessere, geordnetere Bahnen gelenkt wird, und versichert das Kriegsernährungsamt der eifrigen, unermüdeten Mithilfe der Konsumgenossenschaften und ihrer Organisationen bei der Durchführung der wichtigen Aufgaben, die dem neuen Amt obliegen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am zweiten Verhandlungstage referierte A. v. Elm über Errichtung einer Arbeitsvereinigung mit den Gewerkschaften, betr. die Wiederinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben.

Den Arbeitern müsse man das sichere Gefühl geben, daß sie wieder in ihre alte Stellung zurückkehren können. Das sind wir ihnen schuldig. Redner begründet eingehend die nachfolgenden Grundfätze, die zwischen dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine einerseits und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Vertreterin der Verbände der Bäcker, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Fleischer, Handlungsgehilfen, Metallarbeiter, Tabakarbeiter und Transportarbeiter andererseits zwecks Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben vereinbart worden sind:

§ 1. Diejenigen Kriegsteilnehmer, die vor Ausbruch des Krieges in einer dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaft als feste Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren und die sich noch Beendigung des Krieges bzw. nach Entlassung aus dem Heeresdienste in den betreffenden Betrieben zur Arbeitsannahme melden, sollen, sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder eingestellt werden.

Die Meldung zum Dienstantritt hat innerhalb zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Heeresdienste zu erfolgen. Innerhalb des Zeitraumes des Dienstantritts, sowie über die evtl. Kündigung beschäftigter Kriegsausfallsarbeiter und Angestellten ist eine Verständigung mit der zuständigen Gewerkschaft herbeizuführen.

Personen, die bereits vor dem Krieg in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, dürfen nicht lediglich aus dem Grunde gefündigt werden, um freie Arbeitsplätze für Kriegsteilnehmer zu schaffen. Bei Kriegsbeginn beschäftigte, nicht feste und während des Krieges eingestellte Arbeiter und Angestellte, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, können ebenfalls wieder eingestellt werden, sobald ohne besondere Kündigung beschäftigter Personen freie Arbeitsplätze der betreffenden Branche vorhanden sind.

§ 2. Die Wiederinstellung werden möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter Anrechnung der früheren Beschäftigungsdauer, sowie ihrer militärischen Dienstzeit beschäftigt.

Eine Nachgewährung der Ferien findet nicht statt. Für das laufende Jahr haben nur diejenigen Kriegsteilnehmer Anspruch auf Ferien, deren Wiedereintritt bis zum 1. April erfolgt ist.

§ 3. Ist eine Genossenschaft nicht in der Lage, die Wieder-

instellung sämtlicher im § 1 Abs. 1 genannten Kriegsteilnehmer vorzunehmen, so soll versucht werden, durch Verständigung innerhalb der Genossenschaften der Einkaufsbereinigung oder des Revisionsverbandes für die nicht eingestellten Kriegsteilnehmer gleichartige genossenschaftliche Arbeitsplätze zu gewinnen. Hierbei ist entsprechend den Bestimmungen des § 2 die Dienstzeit anzurechnen.

§ 4. Kriegsteilnehmer, die eine Beschädigung erlitten haben, werden von den Genossenschaften, bei denen sie vor ihrer Einberufung tätig gewesen sind — vorbehaltlich der Bestimmung des § 6 —, in erster Linie wieder eingestellt.

Sofern sie die für ihre Person in Frage kommende Tätigkeit vollwertig leisten können, erhalten sie den für ihre Leistungen vorgesehenen vollen Lohn, entsprechend der Bestimmung in § 2. Eine Anrechnung der Kriegsgrente oder sonstige Bezüge findet in solchen Fällen nicht statt.

Beschädigte Kriegsteilnehmer, deren Erwerbsfähigkeit wesentlich vermindert ist, sollen grundsätzlich ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend bei weitestem Entgegenkommen der Verwaltung beschäftigt und entlohnt werden.

§ 5. Ergeben sich wegen der Entlohnung der wieder eingestellten Kriegsteilnehmer Differenzen, so ist deren Beilegung zunächst durch direkte mündliche Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten zu versuchen. Falls diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, ist das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur endgültigen Entscheidung zuständig.

§ 6. Den Kriegsbeschädigten, deren körperliche Beschaffenheit eine Weiterbeschäftigung in den genossenschaftlichen Betrieben nicht zuläßt, soll die „Arbeitsgemeinschaft“ zur Erlangung einer ihren körperlichen Kräften und sonstigen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit beihilflich sein. Dabei ist zu beachten, daß jede Gelegenheitsverfertigung vermieden werden muß.

Die „Arbeitsgemeinschaft“ soll auch beihilflich sein, den Kriegsbeschädigten Gelegenheiten zu geben, in den vorhandenen Ausbildungsstätten sich für andere Berufe vorzubereiten. Eventuell sind in solchen Fällen, wo der Uebergang zu einem neuen Beruf notwendig erscheint, die Organe der staatlichen, provinziellen und kommunalen Berufsberatungen in Anspruch zu nehmen.

§ 7. Mit Ausnahme der §§ 4, 5 und 6 gelten die vorstehend vereinbarten Grundfätze für die Dauer des Krieges und zunächst für noch weitere zwölf Monate.

b. Elm betont, daß die Genossenschaften ein Interesse daran haben, daß sich Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach dem Krieg nicht verschlechtern. Durch die Renten dürfen keine Löhne gespart werden. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sein, hierbei zu rechter Zeit einzugreifen.

Die Vorschläge, denen auch der Generalrat beigetreten ist, werden einstimmig angenommen.

Es folgt hierauf Punkt 3 der Tagesordnung:

Nachvergütung und Sparrabatt der Konsumvereine für das laufende Geschäftsjahr.

Der Referent Hugo Wüstlein-Hamburg verweist im Verlauf seines für Genossenschaftsmitglieder sehr instruktiven Vortrages darauf, daß die vorsichtigen Konsumvereine es verstanden haben, nicht nur die schwere Zeit des Krieges gut zu überstehen, sondern auch vorgejagt haben, daß sie die späteren Ereignisse nicht unvorbereitet treffen. Leider gibt es andere Vereine, die ohne jede Kalkulation gewirtschaftet und Anlagen geschaffen haben, die nie zur Ausnutzung kommen werden. Im Grunde genommen empfiehlt der Redner allen Vereinen, sich in diesen Zeiten nicht durch früher gefasste Beschlüsse die Hände binden zu lassen und mehr Sparrabatt auszunutzen, als der Verein erbringt hat. Der Krieg kann in dieser Frage als „höhere Gewalt“ angesprochen werden. Große Vorsicht empfiehlt Wüstlein den Vereinen bei der Warenkalkulation, besonders müsse man den baldigen Frieden ins Auge fassen, wo die Preise vermutlich enorm sinken werden. Eine Bilanz in diesem Jahr ist deshalb mit großer Vorsicht aufzustellen. Die Ausführungen werden mit großem Interesse beifällig aufgenommen und seinen Vorschlägen ohne Diskussion beigetreten.

Rummehe folgt das Referat von Valentin Pledmann-Frankfurt a. M., der von der

Ueberweisung der Mitglieder von einem Verein zum andern

spricht. Seine Vorschläge zeigen viel Sachkenntnis und organisatorische Erfahrung. Er wünscht, daß die Mitglieder liebevoll von einem Verein an den andern weitergemeldet und vom neuen Verein in gleicher Weise empfangen werden. Er schlägt dazu folgende Wege vor:

Für den Fall des Fortzugs eines Mitglieds nach einem andern Orte verpflichtet sich die unterzeichnete Konsumgenossenschaft, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. die neue Adresse des verziehenden Mitglieds festzustellen;
2. dasselbe bei Kündigung der Mitgliedschaft anzuhalten, sein Geschäftsguthaben und die ihm zustehende Nachvergütung der zuständigen Konsumgenossenschaft seines neuen Aufenthaltsortes zwecks Einzahlung auf Geschäftsanteil überweisen zu lassen;
3. soweit fortziehenden Mitgliedern ein Darlehen gewährt wird, darf dieses nicht mehr als die Hälfte des Guthabens dieser Mitglieder betragen;
4. die Adresse des fortziehenden Mitglieds und die schätzungsweise Höhe des zu überweisenden Geschäftsguthabens der in Frage kommenden Konsumgenossenschaft mitzuteilen;
5. die Ueberweisung des Guthabens nach Genehmigung der Jahresrechnung durch die Generalversammlung vorzunehmen.

Für den Fall des Zugangs eines Mitglieds einer anderen Genossenschaft verpflichtet sich die unterzeichnete Konsumgenossenschaft:

1. das ihr überwiesene Mitglied sofort nach Erhalt der Anzeige beziehungsweise nach erfolgtem Zugange besuchen zu lassen und zur Erklärung seines Beitritts zu veranlassen;
2. sofern das betreffende Mitglied seiner bisherigen Genossenschaft seinen Fortzug erst nachträglich mitgeteilt hat, auch

ben Ueberweisungsbchein unterzeichnen zu lassen und an die betreffende Genossenschaft einzusenden;

3. dem überwiesenen Mitgliede das Eintrittsgeld zu erlassen. Diese Vorschläge werden einstimmig gutgeheißen.

Das nächste Referat erstattet Lorenz-Hamburg über den internationalen Genossenschaftsbund.

Er berichtet von den vielfachen Versuchen, die gemacht worden sind, die internationalen Beziehungen fortzusetzen. Die Genossen in England sind uns dabei am weitesten entgegengekommen. Auch Anregungen zu Friedenskundgebungen sind gepflegt worden; in-zwischen erscheint auch das „Bulletin“, das internationale Mitteilungsblatt des „Bundes“, wieder. Der Abonnentenstand beträgt in Deutschland 1800, in anderen deutschsprechenden Ländern 400. Außerdem wird das Organ noch in französischer und englischer Sprache hergestellt und verbreitet. Recht eingehend verbreitet sich Lorenz über die englische Genossenschaftsbewegung und ihre Stellung zum Kriege, die sich in letzter Zeit wesentlich zugunsten der gegenseitigen Annäherung geändert, richtiger gebessert hat. Zum Schluß wünscht Lorenz, daß recht bald das Forderungswort „Organisation“ allen Ländern neue Entwicklungsmöglichkeiten bringt. Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, das sind die drei Elemente, die die Arbeiter aller Länder befreien. Und diese Befreiung muß jedem Lande selbst überlassen bleiben. Wenn wir in allen Ländern so arbeiten, dann muß eine Verständigung möglich sein. Wir wünschen dringend den Frieden. Jetzt gilt es keinen Streit darum, wer den Krieg angefangen hat, sondern, wie wir ihn am schnellsten beenden können. Jeder Tag länger, ist eine große Schuld! Leider lobt draußen noch immer der Krieg. Unser ganzes Volk, alle Völker sehnen den Frieden herbei. Mögen bald die Staatsmänner kommen, die das rechte Wort finden, die das erlösende Wort auch aussprechen. Wir wollen indessen mit unserer Arbeit den Frieden vorbereiten, sie ist die beste Gewähr mit, daß er bald kommt und daß er dann ein dauernder sein wird.

Die letzten Ausführungen werden wiederholt von stürmischem Beifall unterstrichen. Am Schluß erhebt sich ein langanhaltender Beifallssturm, der zeigt, wie sehr Lorenz jedem der Reuhundert aus dem Herzen gesprochen hat.

Ueber die

Unterstützungskasse des Zentralverbandes referiert Heinrich Kaufmann, den Bericht der Fortbildungskommission erstattet Aug. Müller-Hamburg, der auch über die Tätigkeit des Tarifamtes näheres Darlegungen macht und zu dem Schluß kommt, allen Vereinen die strikteste Beobachtung der Tarifverträge zu empfehlen, weiter Neuabschlüsse von Tarifverträgen zu fördern.

Dann erstattet A. v. Elm den Revisionsbericht. Sein Antrag, sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden zu erklären, fand keinen Widerspruch.

Auch die Vorschläge Wüstlein-Hamburg über Verteilung von Zuwendungen usw. fanden Zustimmung.

Die turnusmäßige Ausscheidung der Vorstandsmitglieder Burth-München und Lorenz-Hamburg sowie dreier Ausschussmitglieder fand ohne weitere Erörterung statt.

Der Vorschlag für 1917, den Wüstlein vertrat, fand keinen Meinungsaustrausch, er wurde im Sinne des Vorstandes erledigt. Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages erledigt.

GARBÁTY
CIGARETTEN

DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSTFREI

Reisen Sie?

Dann denken Sie rechtzeitig an

Leiser

Berg- u. Touren Stiefel * Farbige Stiefel
Leinen-Schuhe
Sport-Schuhe * * Gandalen
Strümpfe zu allen Schuhfarben passend!

Friedrichstraße 179	Moabit, Turmstraße 50
ZaunstraÙe 20	Müllerstraße 36
Königsstraße 34	Dranienstraße 38
Leipziger Straße 65	Neußlin, Bergstr. 7/8
Dranienstraße 47a	Trichbeun, Rheinstr. 14

Kriegs-Stiefel mit Holzsohle

Glas, Porzellan, Steingut, Haushaltsartikel

Pressglas-garnitur „Juno“

Kompottieren 8, 10, 12 bis 55 Pf.
Kompotteller 9 Pf.
Küchenteller 40, 65 Pf.
Käseglocken 60 Pf.
Butterdosen 28 Pf.
Zuckerschalen 10, 15 Pf.

Pressglas-garnitur „Frankfurt“

Kompottieren 12, 20, 25 Pf. bis 1¹⁰
Kompotteller 8 Pf.
Käseglocken 95 Pf.
Butterglocken 80 Pf.
Zuckerschalen 32 Pf.
Fruchtschalen 1⁰⁰

Kaffeesevice weiß Porzell. mit Goldrand

Kaffeekannen... 1²⁵ 1⁴⁰ bis 2²⁵
Teekannen 1⁵⁰ 3²⁵
Milchtöpfe ... 35, 40 Pf. bis 1⁵⁰
Zuckerboxen .. 65, 85 Pf. bis 1⁵⁰
Tassen 35 Pf.
Frühstücksteller 32 Pf.

Tafelservice Schnecken-DeKor

Speiseteller tief oder flach .. 50 Pf.
Abendbroteller 40, 45 Pf.
Terrinen 4²⁵ 5⁵⁰
Kartoffelschüsseln 3⁷⁰
Tunkenschüsseln 1⁶⁰
Salatieren 95 Pf. 1²⁰

Besonders preiswert:

Kompottschalen ^{mit Fuss} 22, 40 Pf.
Butterkühler Stück 75 Pf.
Vasen a. Pressglas, Stück 50 Pf. 1⁰⁰
Geleedosen dekoriert, Stück 75 Pf.
Butterdosen mit Goldrand, 65 Pf.
Tassen Goldr. 18, dekor. 18, 22 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Fruchtsaftbeutel 95 Pf.
Wäschetrockner 1¹⁰
Gurkenhobel ... 55 Pf. 1⁵⁰ 2⁰⁰
Kirschkerner 12, 25 Pf.
Fliegenfänger 35, 45 Pf.
Drahtglocken.... 38, 45, 60 Pf.
Giesskannen 80, 95 Pf. 1⁰⁵
Blumenampel 75 Pf. 1²⁵
Sitzbadewannen .. 9⁵⁰ 12⁵⁰
Waschzuber ^{Zink u. Holzbd.} 9²⁵ 12⁰⁰ 15⁵⁰

Waschkessel ^{Stück} 18⁰⁰ 22⁰⁰ 32⁰⁰

Einkoch - Apparate

Unsere Spezialmarke „HERTIE“
für alle Sorten Gläser verwendbar



Einkoch-Gläser

in allen Grössen
Enge Form: 45, 55, 60, 70 Pf.
Weite Form: 75, 85, 95 Pf. 1⁰⁵



Emallewareen

Töpfe ohne Ring ... 85, 95 Pf. 1²⁰
Töpfe mit Ring ... 1⁵⁰ 1⁸⁵ 2¹⁵
Kasserollen ohne Ring 55, 65, 70 Pf.
Kasserollen mit Ring 1¹⁰ 1⁴⁰ 1⁷⁰
Wasserkessel f. Gas 1⁷⁰ 2⁰⁰ 2⁴⁵
Wasserkessel f. Herd 2³⁰ 2⁶⁰
Küchenpfannen ... 45, 50, 65 Pf.
Fischkocher 8²⁵ 9⁷⁵
Mülleimer 1⁹⁰ 2⁴⁵
Wannen 1⁴⁵
Wasserkannen ... 2⁴⁵ 2⁹⁵
Waschtöpfe m. Deck. 7⁰⁰ 7⁵⁰ 8⁷⁵

Besonders preiswert:

Heringskästen ... Stück 95 Pf.
Blumenkübel Stück 85 Pf., 1¹⁰
Kochtöpfe ^{fest} 75 Pf., 1⁰⁰ 1²⁵ 1⁷⁵
Kinder-Ebserve 4 teilig . 90 Pf.
Salz- oder Mehlresten Stück 1¹⁰
Vorratsstollen ... Stück 30 Pf.

Waschgarnituren

moderne Dekore
Steilig 2²⁵ 3⁷⁵ 5⁷⁵ 7⁵⁰

Bürstenwaren

Kleiderbürsten 1²⁵
Kopfbürsten 85 Pf.
Strausswedel 1¹⁵ 1²⁵
Rosshaarbesen ... 2³⁵ 2⁸⁵ 3²⁵
Roßhaarhandfeg. ^{mit Ausf.} 1⁵⁰ 1⁶⁵ 1⁸⁵
Borstenbesen ... 1⁷⁵ 2²⁵ 2⁸⁵
Borstenhandfeger .. 1²⁵ 1³⁵ 1⁵⁰
Schrubber ... 70, 80, 90 Pf.
Tepp.-kehrmasch. 10³⁰ 12⁰⁰

Waschwannen 7⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁰⁰
Zink mit Holzboden

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlungen:

Rahmenmacher

am Montag, den 26. Juni 1916, abends 6 Uhr,
bei Wählich, Skalitzer Straße 22.

Tagesordnung:

1. Die Teuerungszulage in unserer Branche.
2. Der paritätische Arbeitsnachweis und die Maßnahmen der Arbeitgebervereinigungen.
3. Branchenangelegenheiten.

Kistenmacher.

Montag, den 26. Juni, abends 8^{1/2} Uhr,
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Bericht der Kommission.
3. Sonstige Branchenangelegenheiten.

Bergolder

am Dienstag, den 27. Juni 1916, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

1. Die Antwort unserer Arbeitgeber betreffs Teuerungszulagen.
2. Der paritätische Arbeitsnachweis und die Maßnahmen der Arbeitgebervereinigungen.
3. Branchenangelegenheiten.

Modell- und Fabrikstichler sowie Modelldrechler.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Wald, Wflughtr. 5.

Stellmacher.

Donnerstag, den 29. Juni, abends 8^{1/2} Uhr,
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Bericht von beiden Generalversammlungen.
2. Branchenangelegenheiten.

Vertrauensmännerversammlung der Bautischler aller Bezirke und Charlottenburgs

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr,
bei Voeker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Bericht der Obleute und Vertrauensmänner.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Mittwoch, den 28. Juni 1916, abends 8^{1/2} Uhr,
in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der Generalversammlung vom 27. Mai 1916.
2. Verschiedenes.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des in Ordnung befindlichen Mitgliedsbuches.

Der Vorstand.

NB. Der Besessabend ist am Montag, den 26. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, in den Passage-Festsälen gemeinsam für den ganzen Ort.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Achtung! Rohrleger und Helfer Achtung!

Dienstag, den 27. Juni 1916, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Allgemeine Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Unsere Lage im Rohrlegergewerbe.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Kollegen der Firmen: Joseph Junf, Rich Caserle, Hermann Rahnt., Emil Kelling, F. Klemm, E. Aneip, Franz Andel, D. Gori, Wälscher u. Gricke sind besonders eingeladen.

119/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Achtung! Kranke (Erwerbslose)!

Wegen Quartalsabschluss bleibt das Bureau der Krankenabteilung am **Sonnabend, den 1. Juli 1916**, den ganzen Tag geschlossen. Die kranken Mitglieder werden ersucht, ihre Unterstützung bis Freitag, den 20. Juni, abzugeben. Diejenigen kranken Mitglieder, deren Zahlung am Sonnabend, den 1. Juli ist, geben Buch und Karte bis spätestens 28. Juni ab und erhalten am Freitag, den 30. Juni, ihre Unterstützung. Vorstehendes findet keine Anwendung bei solchen Mitgliedern, welche sich in Krankenhäusern oder Heilanstalten befinden und die ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

119/1 Die Ortsverwaltung.

Metallbesohlung

Reine Benutzung der Sohle mehr. Keine Sohlenlederarbeiten. Jahresausgabe ca. 3-4 Mark. — Preis pr. P. 1,50 M. — 2,50 M. nebst 4 Ersatzteilen. Beim 1. Truppenteil im Probegebrauch. Jeder kann selbst befechtigen. Beschreibung beigefügt. Nachahm. verb. Diese Annonce wird als Bon mit 5% in Zahlung genommen. Bei Bestellungen wolle man genaues Papierauschnitt der englischen Sohle einfinden. Kleinladantant i. Deutschl. R. Jondretzky, Leipzig-Anger. [154/5]

Ziehung am 12. und 13. Juli
Genehmigt für Provinz Brandenburg incl. Stadtkreis Berlin

Rote + Lotterie

des Vereins Paulinchenhaus für Kranken- und Kinderpflege
100.000 Lose und 3067 Gewinne im Gesamtwerte von Mk:

100.000 50.000

Rote + Lose zu 3 Mark ^{Porto und Liste 30 Pfg. extra}
Lud. Müller & Co. Berlin W. 56
Werderischer Markt 10.
Bei der Roten Kreuz-Ziehung im Juli v. J. wurde der 1. Hauptgewinn von 50.000 Mk. durch uns verkauft und eingelöst.
Telegr.-Adresse: Glücksmüller

Preuß.-Südd. Klassenlotterie

Werte der Lose pro Klasse: 1. Klasse ... 5000 Mk., 2. Klasse ... 1000 Mk., 3. Klasse ... 2000 Mk., 4. Klasse ... 4000 Mk.

Ziehung 1. Klasse 11. und 12. Juli
L. Müller,
Berlin W. 56, Rgl. Rotter-Steinweg,
Werderischer Markt 9, gegenüber von Herrn. Berlin.

Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Jahrelange Schmerzen mit Logal beboben.
Herr Konrad Graf, Döbgingen, schreibt u. a.: „Ich habe mit Logal-Tabletten einen guten Erfolg gehabt. Meine Frau hatte schon jahrelang rheumatische Schmerzen im Kopf und Rücken und alle ärztlichen Mittel waren erfolglos, und so nahm ich Zuflucht zu Logal-Tabletten, von denen ich durch Zufall erfahren hatte. Dank der Anwendung dieser Tabletten ist das Leiden jetzt beboben.“
Ebenso wie bei Rheuma wirkt Logal erfahrungsgemäß rasch und dauernd bei Gelenks-, Nerven-, Schenkel-, und Kopfschmerzen, selbst in verzweifelten Fällen. Hervorragende Kräfte verordnen Logal-Tabletten. In allen Apotheken erhältlich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Vol. 12. 10. 11. 12. am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Quittschied und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

B. 2. 13. 1. Die Frau würde nicht halten, denn nach §§ 1410 und 1412 des Bürgerlichen Gesetzbuches können die Gläubiger des Mannes nicht Befriedigung aus dem eingebrachten Eigentum verlangen. Das eingebrachte Eigentum haftet nur für eine Verbindlichkeit der Frau, die aus einem nach Eingehung der Ehe vorgenommenen Rechtsgeschäft entsteht, wenn der Mann seine Zustimmung zu dem Rechtsgeschäft erteilt. Die Haftung des eingebrachten Gutes der Ehefrau ist im weiteren noch durch die Bestimmungen des Gesetzes beschränkt. In Ihrem Falle würde die Frau nicht haften. 2. Der Gläubiger könnte in dem Falle nur durch Substitution die Schuld eintreiben. — **N. 100.** Der Schwiegerlohn haftet nicht für den Unterhalt der Schwiegermutter. — **R. 6. 24.** Den Kriegsalibidernrentnern steht die Familienunterstützung noch für die Dauer von drei Monaten zu. — **J. 6. 1.** Wir empfehlen Ihnen, einen Antrag auf Lösung zu stellen. 2. Wenn der Betreffende der Eingehung zum Militär dienste zum Unterhalt der Familie beigetragen hat, haben die Eltern An-

spruch auf Unterstützung. — **S. 6. 510.** 1. Sie müssen an den Hausvater eine Aufforderung richten, Erlass für die Türen zu lassen. 2. Rein. — **J. 6. 26.** 1. Das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten. 2. Deshalb können wir auch gegenwärtig die Rentenberechnung noch nicht vornehmen. 3. Rein. — **Charlottenburg 99.** 1. und 4. Rein. 2. und 3. Ja. — **B. 50. Oberischneide.** Bestrafung kann deswegen nicht erfolgen. Das betreffende Mädchen kann nur durch Willkür Schadenersatz verlangen. — **C. 2. 79.** 1. Ihre Frau kann sich bei einem anderen Schlichtermeister als Kündiger eintragen lassen. 2. Sie müssen sich an das zuständige Polizeiviertel wenden. — **H. 8. Berlin.** Für die Zeit, in der die Frau im Krankenhaus war, wird ihr die Unterstützung entzogen. — **Invaliden 999.** Ihre Anträge sind unklar. Kommen Sie persönlich zu uns in die Sprechstunde. — **M. 8. 11.** Sie können gegen die Einbringung des Fensters bei dem Nachbar nichts unternehmen. Wenn Sie den Nachweis erbringen können, daß auf Ihrem Grundstück durch die Kinder des Nachbarn Schaden angerichtet wird, so teilen Sie ihm das mit und verlangen Sie eventl. Schadenersatz. — **R. 37.** Sie sind trotzdem zur Räumung der Wohnung am 1. Juli verpflichtet. — **R. M. 3a.** — **Mieter.** Sie können die Wohnung nicht sofort räumen, sondern müssen die Kündigungsfrist einhalten. Wenn der Wirt dem Kündiger nicht abhört, können Sie auf Lösung des Vertrages klagen. — **C. J. Köpenick.** Als Mieter steht Ihnen eine Kündigungsfrist von sechs Wochen vor Quartalschluß zu. — **Spandau 10.** 1. Rein, Klage kann nur durch den Vormund eingereicht werden. 2. und 3. Rein. Der Anspruch ist verjährt. 4. und 5. Auch die staatliche Unterstützung kann in diesem Falle verweigert werden, da Bedürftigkeit nicht vorliegt. — **B. 6. 100.** Die

Staatsanwaltschaft würde sich mit der Sache nicht beschäftigen. Die Gemeindeverwaltung müßte auf Vorlegung der Abrechnung bringen. — **G. 8. 9.** Das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten. — **E. 2.** Sie sind zur Stellung des Antrages jetzt nicht verpflichtet. Sie können die Todeserklärung herbeiführen. Sonst aber haben Sie mit diesem Antrag Zeit bis innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß. — **22. Ja.** — **R. 6. 30.** Rein. — **H. 10.** Die Eltern müssen von dem Sohn, der zum Militär eingezogen ist, den Unterhaltungsgeldern einfordern und dann unter Vorlegung dieses Scheines Antrag auf Kriegsunterstützung bei der Gemeindeverwaltung stellen. — **S. 3. 4.** Wenn die aktive Dienstzeit nicht zusammen 6 Jahre beträgt, so haben die Eltern allerdings keinen Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Die Auskunft des Beamten ist daher richtig. — **C. 2. 100.** Rein. — **H. 8. 13.** Gegenwärtig erscheint es ausgeschlossen, diese Papiere zu erlangen. Die Familie wird damit warten müssen bis zur Kriegsbeendigung. — **R. M. 13.** 1. Ja, wenn die Tochter zur Beilegung ihres und des Kindes Lebensunterhalt nicht in der Lage ist. 2. Wenn Sie nicht triftige Gründe zur Ablehnung haben, müssen Sie die Vormundschaft annehmen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag abend. Zunächst ostwärts fortschreitende Gewitter mit Abkühlung, später wieder etwas wärmer und zeitweise heiter, dazwischen, besonders im Westen öfter leichte Regenfälle.



R

Die Sundastraße

mit ihrem heißen, sonnigen Wetter, bedingen leichte Kleidung, die Sie in großer Auswahl und in allen Preislagen bei uns finden

Sehr hübsche, weiße Krepp-Bluse, mit dünn gemustertem Kragen, ebensolchen Knöpfen u. modernen Reusen-Armeln
nur 3.90

Schleierstoff Bluse mit modernen, großen, schön verzierten Klappen u. Wiener Mermet
nur 7.75

Leichter Sommermantel, sehr hübsch verarbeitet und eine sehr reizvolle Bereinigung der Stoffform mit dem beliebten Gürtelschnitt
nur 21.50

Eleganter Wolkräpatoel, dessen ringsherumlaufender Gürtel sehr geschmackvoll mit Schnallen u. Schleifen verziert ist. Hübscher Rippenbogen
nur 26.75

C & A
BRENNINK. I. E. R. C. M. B. H.

Sonntags geschlossen!

Königstraße 33 am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseest. 113 beim Stettiner Bahnhof.

Zurückgekehrt
Dr. Gliksmann
Landsberger Allee 30.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Spezialarzt
für Haut-, Gann-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren,
Friedrichstr. 81, gegenüber Sprühl. 9-11, 1/2, 6-7, 9, Sonntag 9-2. Honorar maß., auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Metzner
Kinderwagen - Welthaus
Metall-Bettstellen
Kinder- und Rohrmöbel - Korbbwaren
Ruhestühle
Puppenwagen - Alle Kinderfahrzeuge etc.
Größte Auswahl Berlins
Andreasstr. 23 Andreasplatz
Brunnenstr. 95 o. Baussestr. 67
Leipziger Str. 54. Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 5. Berliner Reichstagswahlkr.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres im Felde befindlichen langjährigen Abteilungsleiters der 4. Abteilung, Genossin
Emma Thiemecke
Linienstr. 216
verstorben ist. 222/10
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Strichhofes, Frelenwalder Straße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Buchhändlerverband.
(Zahlstille Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Anna Thiemecke
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Sophien-Strichhof, Frelenwalder Straße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
24/1. Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 26. Juni 1915 bei Lemberg der Grenadier
Richard Hallbauer
in noch nicht vollendetem 25. Lebensjahre.
Du sanft dahin, wie Rosen sinken,
Wenn sie in bester Blüte stehn,
Und heisse dich're Tränen fließen,
Weil wir uns nicht mehr wiedersehen.
Gewidmet von Deiner Dich liebenden Gattin, Kindern, Eltern und Geschwistern.
Rieber Pappa, ruß in Frieden.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Männerchor Lerche-Einigkeit (1876).
Am 4. Juni 1916 verstarb im Kriegslazarett als Opfer des Weltkrieges unser Sangesbruder
Bernhard Weiß.
Wir verleben in dem Dahingegangenen einen lieben Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten.
58/14 Der Vorstand.

Allen Fremden und Bekannten machen wir hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute Frau und treuversorgende Mutter
Berta Dierdorf
geb. Wilcke
am 23. Juni plötzlich verstorben ist. Dies zeigen liebtätig an
J. Dierdorf und Tochter Ely.
Die Beerdigung findet am Montag, d. 26. Juni, um 5 Uhr von der Leichenhalle des Bismarck-Klosters, Kirchhofes, Berlin, Müllerstr. 41/45, aus statt. 8696

Von unseren Angestellten und Hilfsarbeitern hat der Weltkrieg folgende weitere Opfer gefordert:
Paul Virgils, gefallen 6. August 1915.
Gustav Röber, verstorben 23. November 1915.
Helmut Schmidt, gefallen 27. September 1915.
Anton Will, gefallen 8. Oktober 1915.
Max Geisler, gefallen 12. Oktober 1915.
Oskar Haberlandt, gefallen 20. November 1915.
Heinrich Schubert, gefallen 15. März 1916.
Wilhelm Wist, gefallen 9. Mai 1916.
Waldemar Benecke, gefallen 12. Mai 1916.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten!
Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. 269/12

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen 32
Vortwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vortwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlendungen sofort.
Amt Zentrum 7990.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.
Gebisse höchstzahlend, kauft in u. außer dem Hause 8882
Kaiserstraße 8; Hof 1.

Verband der Sattler und Porteuillier.
Ortsverwaltung Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges fielen die Kollegen
Franz Seipelt
28 Jahre alt,
Fritz Groth
28 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!
158/4 Die Ortsverwaltung.

